HALINA

Acht Jahre im Bundestag – eine Bilanz

ist der Verdacht, das

INHALT

Einleitung **5**

Im Bundestag **6**
In der Opposition 7
Gesetzentwürfe, Anträge und Kleine Anfragen 8
Sexualstrafrecht (Nein heißt Nein) 8
SED-Opferrente 8
Wahlrecht 8
Internet-Enquete 9
Parteien- und Abgeordnetenrecht 9
Kleine Anfragen, oft große Wirkung 10
Reden, reden, Reden 11
Sexualstrafrecht 11
Wahlrecht 12
Netzneutralität 12
Datenschutz in sozialen Netzwerken 12
Freiheit im Internet 12
SED-Opferrente 13
Internet als Kulturraum für Menschen 13
Parteienfinanzierung 14
Parteispenden 14
Karenzzeit 14
Mehr direkte Demokratie I 14
Mehr direkte Demokratie II 15
Abgeordnetenbestechung 15
Mietrecht 15

Im Wahlkreis **16**
Zuhören, mitnehmen, aufnehmen, umsetzen 17
Spenden und regelmäßige Hilfe 17
Noteimnsätze 18
Vereine und Verbände, die ich besucht habe 18
Wahlkreistage 20
Spendenhelfen 21

Im Rückblick **22**

Kompendium **24**
Bundestag / Parlamentarische Initiativen / Gesetzentwürfe 25
Bundestag / Parlamentarische Initiativen / Anträge 25
Bundestag / Parlamentarische Initiativen / Kleine Anfragen 26
Bundestag / Reden / Strafrecht 26
Bundestag / Reden / WAHLRECHT 29
Bundestag / Reden / Zivilrecht 29
Bundestag / Reden / Netzpolitik 30
Bundestag / Reden / Mietrecht 33
Bundestag / Reden / Parlamentarismus, Parteienfinanzierung, Transparenz 33

MEIN BLICK AUF DEN PARLAMENTARISMUS IST KRITISCHER GEWORDEN UND MEINE WUT ÜBER POPULISTISCHE POLITIK GEWACHSEN.

EINLEITUNG

Nach zwei Wahlperioden oder acht Jahren Bundestag ist es nicht ganz einfach, zu bilanzieren. Natürlich gibt es Zahlenmaterial. Aber Zahlen sagen eben nicht alles aus. Wichtiger sind inhaltliche Debatten. Solche, die man selbst angestoßen hat und ebenso jene, in denen »einfach nur« debattiert wurde. Auf Erwartungen ist ebenso zu schauen, wie auf Erfolge und all das, was sich als Illusion erwiesen hat.

Als ich 2009 in den Bundestag gewählt wurde, wollte ich Rechtspolitik machen. Am Ende wurden es fast acht Jahre Rechts- und Netzpolitik. Hinzu kamen die Wahlkreisarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Parteigremien, ein Buch zum Parteien-, Wahl- und Abgeordnetenrecht und die Teilnahme an diversen Demonstrationen. Alles in allem: acht intensive Jahre, in denen auch ich mich verändert habe. Mein Blick auf den Parlamentarismus ist kritischer geworden und meine Wut über populistische Politik gewachsen.

Ich halte den Parlamentarismus, erweitert um direktdemokratische Möglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner, für eine gute Sache. Ich glaube aber, er muss entstaubt werden und sich ändern. Weg von lang eingeübten Ritualen, hin zu mehr Öffentlichkeit. Der existierende Parlamentarismus ist häufig eher eine Bühne, auf der zugeteilte Rollen gespielt werden. Wünschenswert wäre ein Parlament, in dem – weg von engen Koalitionskorsetten – nach dem besseren Argument gesucht wird. Auch deshalb wünsche ich mir Koalitionsverträge in denen eher weniger steht. 10 - 15 gemeinsame Projekte der Koalitionspartner sollten ausreichen, der Rest sollte der parlamentarischen Mehrheitsfindung obliegen. Für eine solche Position gibt es derzeit keine Mehrheit. Vermutlich nicht einmal unter Rot-Rot-Grün (r2g).

IM BUNDESTAG

Die Gespräche zu r2g (Rot-Rot-Grün auf Bundesebene), die schon vor meiner Zeit als Abgeordnete begannen, waren immer Bestandteil meiner Arbeit im Bundestag. Ich bekenne, ich bin eine Anhängerin einer solchen Konstellation. Die Diskussionen mit den Kollegen*innen von SPD und Grünen haben mir viel Spaß gemacht und auch gezeigt, dass vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist.

Ich habe in meiner Abgeordnetentätigkeit nur einmal die Gelegenheit gehabt, an einem Gruppenantrag mitzuarbeiten, also einem Antrag, der von Abgeordneten unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit gestellt wird. Diese Arbeit hat mich ermutigt und mir gefallen, denn das war für mich Parlamentarismus, wie ich ihn mir vorstelle. Es ging um das bessere Argument, die Fraktionszugehörigkeit spielte keine Rolle. Ich wünsche mir mehr solcher Anträge.

In den acht Jahren Bundestag habe ich diverse Anträge und Gesetzentwürfe federführend erarbeitet. Auch die eine oder andere Kleine Anfrage war dabei. Allerdings habe ich dieses Instrument eher zur Vorbereitung parlamentarischer Initiativen genutzt. Insgesamt gab es 37 Gesetzentwürfe und Anträge und 19 Kleine Anfragen. Hinzu kommen noch 132 Reden.

Wichtig ist mir noch, auf mein Buch »Demokratie demokratisieren« (http://gleft.de/1NW) hinzuweisen, in dem ich mich mit einer aus meiner Sicht dringend gebotenen Demokratisierung des Wahl-, Abgeordneten-, Geschäftsordnungs- und Parteienrechts beschäftigt habe.

Auf meine Initiative hin hat die Fraktion DIE LINKE in der 18. Wahlperiode eine Parlamentswoche »Demokratie für Alle« durchgeführt, in der die Fraktion DIE LINKE ausschließlich Initiativen zum Thema Demokratie aufsetzte.

IN DER OPPOSITION

All diese Jahre waren geprägt von der Erfahrung, Mitglied einer Oppositionsfraktion zu sein. Das heißt: Egal, was du aufschreibst und vorschlägst, es wird abgelehnt. Das ist auf Dauer ziemlich frustrierend. Das Spiel Opposition gegen Regierung ist eingeschliffen. Dass ein Antrag der Opposition eine Mehrheit findet, ist so gut wie ausgeschlossen. Trotzdem gab es ein paar kleine Erfolge. Den Rechtsschutz in Wahlsachen (Sonneborn-Klausel) hat DIE LINKE zuerst vorgeschlagen. Wenn am Ende auch nicht ganz so wie gewollt, wurde er später beschlossen. Die Klausel sieht vor, dass eine Partei, soweit sie vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei zugelassen wird, zum Bundesverfassungsgericht gehen kann, und für den Fall, dass ein Kreiswahlvorschlag oder Landeslisten nicht zugelassen werden, der Gang zu den Verwaltungsgerichten möglich ist.

Erfolge gab es auch bei der Begrenzung der Kosten bei Abmahnungen wegen Urheberrechtsverletzungen oder bei der Aufhebung des Netzsperren-Gesetzes. Schließlich zählt auch die Regelung zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung zu den Erfolgen, denn auch diese wurde lange von der LINKEN gefordert.

Ich wünsche mir für zukünftige Parlamente weniger Populismus. Populismus ist kein Kennzeichen einer Fraktion. Je nach Thema neigen alle Fraktionen dazu. Weniger Populismus bedeutete, vor allem die sogenannten Expertenanhörungen ernst zu nehmen. Sie sind nur sinnvoll, wenn die dort vorgetragenen Argumente in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Das war – vorsichtig ausgedrückt – nicht immer der Fall.

GESETZENTWÜRFE, ANTRÄGE UND KLEINE ANFRAGEN

Es ist natürlich immer riskant, einzelne Dinge hervorzuheben. Dennoch will ich es hier mit einer kleinen Auswahl tun, denn natürlich gab es Projekte und Initiativen, die mir besonders wichtig waren.

Sexualstrafrecht (Nein heißt Nein)

Gesetzentwurf
http://gleft.de/1NX

Der Wortlaut des § 177 Abs. 1 StGB lautet: »Wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt oder von ihr vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einem Dritten bestimmt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.« Der § 174 Abs. 1 StGB im Gesetzentwurf der LINKEN lautet: »Wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt oder an sich vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung einer sexuellen Handlung an oder mit einem Dritten bestimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« Die Ähnlichkeit ist verblüffend. Es kommt nicht oft vor, dass sich Gesetzesformulierungen aus der Opposition fast identisch in später beschlossenen Gesetzen wiederfinden. Aber vielleicht liegt es ja auch daran, dass an der so beschlossenen Formulierung federführend Frauen gearbeitet haben.

SED-Opferrente

Gesetzentwurf
http://gleft.de/1NY

Auch der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur SED-Opferrente ist mir sehr wichtig. Seit Anfang der 90er Jahre ist das Thema Aufarbeitung der DDR-Geschichte und Auseinandersetzung mit dem Stalinismus für mich ein zentrales Anliegen. Wenn es so etwas wie eine politische Sozialisation gegeben hat, dann bezog sie sich vor allem auf dieses Thema. Deshalb lag mir dieser Gesetzentwurf sehr am Herzen.

Wahlrecht

Gesetzentwürfe
http://gleft.de/1O0

In den ersten vier Jahren habe ich mich vor allem mit dem Wahlrecht und dem Recht der Sicherungsverwahrung beschäftigt. Nach wie vor halte ich den Gesetzentwurf der LINKEN zum Bundestagswahlrecht für den derzeit besten. Natürlich erst nach meinem eigenen Gesetzentwurf zum Wahlrecht (http://gleft.de/1O1), der leider in der Fraktion nicht mehrheitsfähig war. Im Hinblick auf die Sicherungsverwahrung habe ich unter anderem einen Antrag zur Einrichtung einer Expertenkommission zur Sicherungsverwahrung (http://gleft.de/1O2) formuliert.

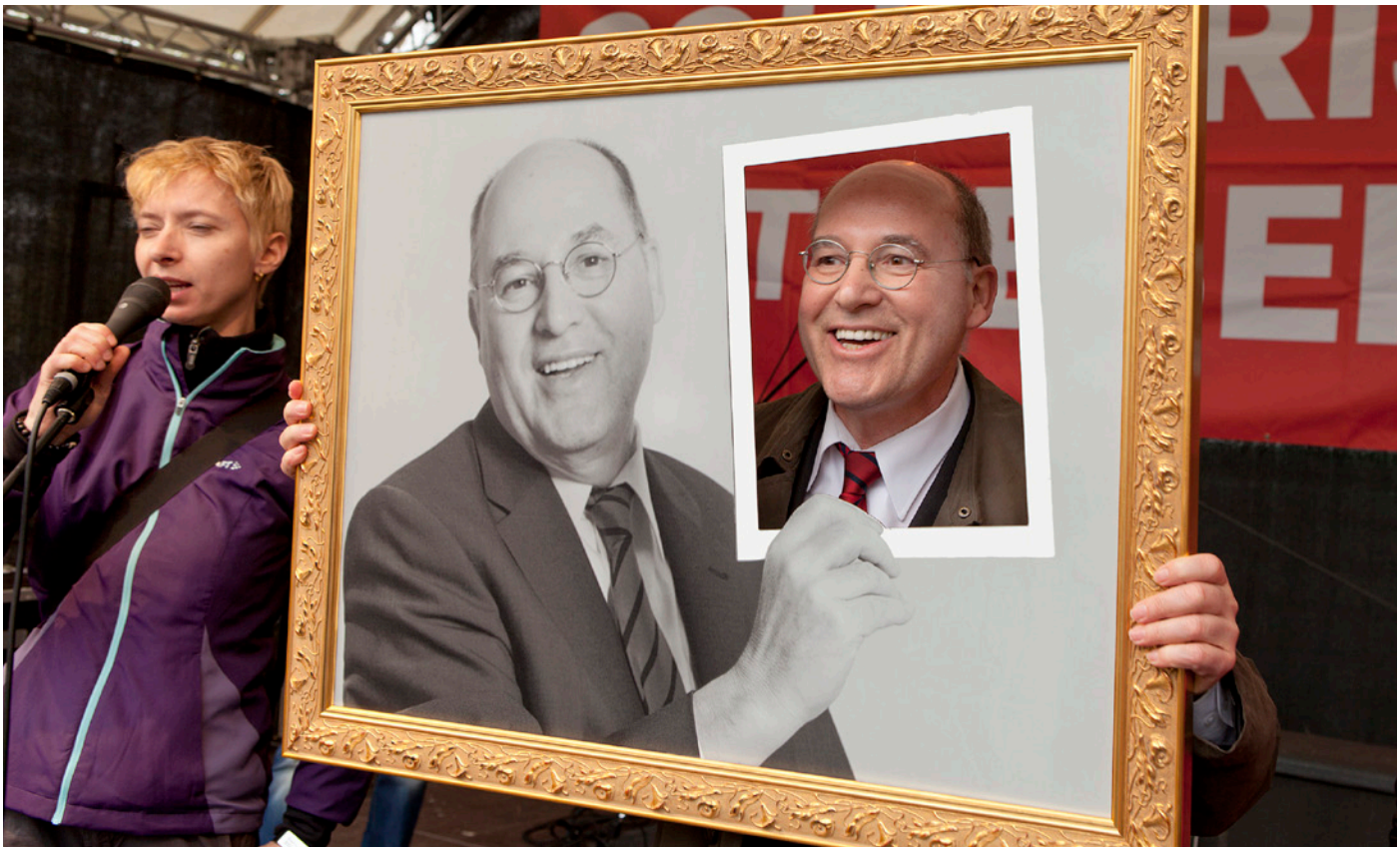
Internet-Enquete

Die ersten vier Jahre waren aber auch geprägt durch die Arbeit in der Enquete Internet und digitale Gesellschaft. Daraus sind vielfältige Anträge und Gesetzentwürfe entstanden, so zur Störerhaftung, zur Netzneutralität und zum aus meiner Sicht unsäglichen Leistungsschutzrecht für Presseverleger.

Parteien- und Abgeordnetenrecht

Zu meiner Leidenschaft gehört das Parteien- und Abgeordnetenrecht. Deshalb wurden auch immer wieder Anträge zum Verbot von Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden (http://gleft.de/103), zur Regelung von Parteien-Sponsoring (http://gleft.de/104) und ein Antrag Parteispenden von Wirtschaftsunternehmen verbieten (http://gleft.de/105) gestellt.

Schließlich will ich noch auf den Antrag zu gesetzlichen Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder (http://gleft.de/106) verweisen, weil er nach meiner Meinung der rechtlich sauberste Vorschlag zur Lösung des Problems ist.



KLEINE ANFRAGEN, OFT GROSSE WIRKUNG

Für die Opposition ist das Recht, Kleine Anfragen zu stellen, besonders wichtig. Die Antworten der Bundesregierung ermöglichen es manchmal, weitere parlamentarische Initiativen zu erarbeiten und sind oft für die Öffentlichkeit interessant, weil sie Informationen enthalten, die ansonsten kaum oder nur sehr schwer öffentlich zu machen gewesen wären. Auch ich habe das genutzt. Wichtige Themen waren zum Beispiel:

- die Folgewirkungen des Mietrechtsänderungsgesetzes 2013, mit der Räumungsklagen erleichtert wurden
- die Konsequenzen aus dem Tarifstreit zwischen der GEMA und der Berliner Fete de la Musique, die in ihrer Existenz bedroht war
- die netzpolitischen Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen in der Bundesregierung
- die Umsetzung Leistungsschutzrechtes für Presseverleger
- der weitere Umgang mit den Staatsleistungen an Kirchen und die ab 1990 erbrachten Staatsleistungen
- die Bereinigung der §§ 211 und 212 des Strafgesetzbuchs von der Sprache des Nationalsozialismus und Gesamtreform der Tötungsdelikte
- das Wahlrecht in Deutschland
- die Folgen der Abmahnwelle gegen Nutzerinnen und Nutzer des Videostream-Portals Redtube.com
- der Regelungsbedarf für arbeitsrechtliche Maßnahmen bei der Nutzung von sozialen Netzwerken und Internetforen
- die Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auf die Ausschüttungspraxis der Verwertungsgesellschaften
- die Aussagen der Bundesnetzagentur zu sogenannten Zwangsroutern
- das Leistungsschutzrecht für Presseverleger
- der europarechtliche Rahmen für die Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften
- die digitale und soziale Spaltung beim Zugang und bei der Nutzung des Internets in Deutschland

REDEN, REDEN, REDEN

Nicht an alle Reden, die ich im Bundestag gehalten habe, erinnere ich mich. Das ist aber auch nicht verwunderlich, es waren schließlich mehr als 130. Die eine oder andere ist mir aber ganz gut in Erinnerung geblieben. So die beiden Reden zur Änderung des Sexualstrafrechts im Hinblick auf die Verankerung des Grundsatzes »Nein heißt Nein« und die zur SED-Opferrente. In dem Kompendium, das zu dieser zusammenfassenden Bilanz gehört, sind die Reden umfänglich aufgelistet. Hier sollen nur ein paar Themen mit Hilfe von Zitaten aus den Reden erinnert werden.

Sexualstrafrecht

»Stellen Sie sich einen Moment vor, Ihr Nachbar fragt Sie, ob er nicht eine Proberunde mit Ihrem tollen neuen metallic-braunen Fahrzeug fahren darf, und Sie sagen Nein. Der Nachbar, mit dem Sie sich seit vielen Jahren gut verstehen, glaubt aber nicht daran und fährt trotzdem bei passender Gelegenheit eine Proberunde. Dieser unbefugte Gebrauchs eines Kraftfahrzeugs ist nun aber wenn aus meiner Sicht auch überflüssigerweise, strafbar, wenn ein Strafantrag vorliegt; denn nach dem einschlägigen Paragrafen wird bestraft, wer Achtung! gegen den Willen des Berechtigten ein Kraftfahrzeug in Gebrauch nimmt. Das heißt, im Hinblick auf ein Kraftfahrzeug soll »Nein heißt Nein« ausreichen, im Hinblick auf die sexuelle Selbstbestimmung aber nicht. Das verstehe, wer will, ich nicht. (...) Um es einmal klar und deutlich zu sagen: Egal, was eine Frau anhat, es ist niemals eine Einladung für Sexismus oder sexuelle Handlungen.«

»Wir werden dieses ›Nein heißt nein‹ jetzt - das ist gut so - mit übergroßer Mehrheit beschließen. Ich bin mir sicher, wenn wir uns fraktionsübergreifend zusammengetan hätten, hätten wir ein Gesetz gehabt, bei dem es vorrangig um die sexuelle Selbstbestimmung geht. Was wir jetzt vorliegen haben, ist leider ein Gesetz, das in wesentlichen Teilen das Politikverständnis weißer alter Männer widerspiegelt, denn es ist offensichtlich bei der Union nicht möglich, die sexuelle Selbstbestimmung zu schützen, ohne gleichzeitig das Strafrecht auf den Kopf zu stellen und das Ausweisungsrecht auszuweiten.«

Wahlrecht

»Demokratie für alle ist, wenn alle hier lebenden Menschen die gleichen Rechte haben.«

»Das Wahlrecht ist gerade nicht an Erfüllung von Pflichten geknüpft. Das Recht zu wählen an die Erfüllung von Pflichten zu knüpfen ist vordemokratisch und würde im Übrigen der Willkür Tür und Tor öffnen. Wollen Sie das Wahlrecht irgendwann auch an die Pflicht zur Zahlung von Steuern knüpfen? Nein, das Wahlrecht ist das urdemokratischste Recht der Einwohner/innen. Es gibt kein ›bedingtes‹ Wahlrecht.«

»Lassen Sie uns doch einfach die Chance nutzen, ein Parlament ohne Sperrklauseln zu haben, ein Parlament, in dem vielleicht das Argument, das Zuhören und die freie Debatte zählen. Am Ende sage ich Ihnen: Wer will, dass alles bleibt, wie es ist, der will nicht, dass es bleibt. Ich möchte, dass der Parlamentarismus bleibt.»

»Das Bundesverfassungsgericht hat zwei Bedingungen genannt, die für die Verfassungsmäßigkeit eines Sitzzuteilungsverfahrens vorliegen sollen: Zum einen darf der Effekt des negativen Stimmgewichts nur in vernachlässigbarem Umfang auftreten. Zum anderen dürfen Überhangmandate nur in einem Umfang auftreten, mit dem der Grundcharakter der Wahl als Verhältniswahl nicht aufgehoben wird. Noch einmal: Negatives Stimmgewicht bedeutet, mehr Stimmen führen zu weniger Sitzen und umgekehrt. Überhangmandate sind die Mandate, die entstehen, wenn man mehr Direktmandate gewinnt, als einer Partei nach Zweitstimmen zustehen.»

Netzneutralität

„Denn ein neutrales Netz ist ein Internet für alle, und ein Internet für alle bedeutet letztendlich Demokratie für alle.»

„Wir müssen uns endlich gewahr werden, dass Netzneutralität nichts anderes ist als DIE soziale Frage des digitalen Zeitalters.»

„Die Netzneutralität ist damit neben einem Internetanschluss Grundvoraussetzung für die gerechte Teilhabe an der digitalen Gesellschaft. Doch die Netzneutralität beißt sich mit dem Prinzip des Profits.»

Datenschutz in sozialen Netzwerken

„Wir als Linke - das gilt auch für mich persönlich - möchten die sozialen Netzwerke nicht mehr missen. Wir wollen die Nutzerinnen und Nutzer der sozialen Netzwerke auch überhaupt nicht einschränken. Wir sagen sehr deutlich: Wer möchte, soll Bikini- und Sauffotos bei Facebook hochladen, wie er lustig ist. Aber der Nutzer und die Nutzerin müssen vorher darüber informiert werden, dass beispielsweise Facebook diese Bilder im Zweifel für Werbezwecke verwendet. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen wissen, was in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen steht, und diese müssen in verständlicher Sprache formuliert sein. Sie müssen auch wissen, dass sie, selbst wenn sie ihren Account löschen, gegebenenfalls gar nicht mehr alles löschen können und ihre Rechte an den Bildern abtreten.»

Freiheit im Internet

„Es ist nicht zu bestreiten, dass sich unsere Gesellschaft durch das Internet verändert hat. Wir sollten aber nicht der Versuchung erliegen, das Internet zu verteufeln und der digitalen Gesellschaft und der Netzgemeinschaft wegen eines Problems, das eigentlich kein Problem des Internets ist, künstlich Schranken aufzuerlegen. Wir sollten uns davor hüten, das Internet zu überwachen und zu zensieren. Wir sollten die Freiheit des Internets nicht durch blinden Aktionismus kaputtmachen.»

SED-Opferrente

„Sie haben in den vergangenen Jahren unsere Gesetzentwürfe immer wieder mit dem Argument abgelehnt, dass wir, juristisch gesehen, die Nachfolgepartei der SED sind. (...) Deswegen mache ich einen ganz einfachen Vorschlag: Schreiben Sie auf unseren Gesetzentwurf „Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen», und wir stimmen trotzdem zu.»

„Der Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben, ist derjenige, der den Opfern politischer Verfolgung in der DDR am gerechtesten wird. Denn wir heben unter anderem die Befristung der Antragstellung auf, wir beziehen die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen in die Regelungen des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ein und wir stellen klar: Die Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz werden nicht mit dem Einkommen verrechnet. (...) Wir wissen um die Verantwortung unserer Vorvorgängerpartei. Wir werden diese Verantwortung nicht los, das ist uns bewusst. Diese Geschichte gehört zu uns. Diese Geschichte hat Auswirkungen bis heute. Ich habe bereits in der ersten Lesung gesagt, wir können Dinge nicht ungeschehen machen. Wir können aus ihnen lernen und Schlussfolgerungen ziehen.»

„Trotz der Fehler, die dieser Gesetzentwurf aufweist, wird meine Fraktion dem Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen zustimmen aus Verantwortung, die wir für die DDR-Geschichte tragen, aber auch, weil 3 000 Anspruchsberechtigte mehr in den Genuss der Opferrente kommen.»

„DIE LINKE fordert eine Opferrente, unabhängig von dem aktuellen Einkommen der Betroffenen, in Höhe von 511 Euro. Wir wollen, dass weitere Personengruppen, die in der DDR politisch verfolgt wurden, Anspruch auf eine solche Rente erhalten; dabei handelt es sich beispielsweise um Schülerinnen und Schüler, denen aus politischen Gründen ein Bildungsweg versagt wurde, oder um Bürgerinnen und Bürger, die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen wurden. Wir wollen, dass ehemals Inhaftierte nicht bürokratisch nachweisen müssen, dass sie gesundheitliche Schäden erlitten haben. Wir plädieren dafür, dass es keine Befristung für Anträge auf Opferrenten gibt.»

Internet als Kulturraum für Menschen

„Wir streiten für einen Zugang zum Netz für alle Menschen, unabhängig von Alter, Einkommen oder Bildungsgrad. Doch dazu enthält Ihr Antrag nicht ein einziges Wort, und das ist beschämend.»

PARTEIENFINANZIERUNG

„Aber, ehrlich gesagt, gibt es kein Grundrecht auf Spenden von Würstchen juristischer Personen für Parteigrillfeste. Wenn sich eine Partei noch nicht einmal mehr Würstchen leisten kann, dann ist sie ziemlich arm dran.»

„Wer das staatliche Teilfinanzierungssystem infrage stellt, der will eine Demokratie, wie wir sie nicht haben wollen, eine Demokratie, in der vor allem wirtschaftlich Mächtige die Parteien finanzieren. Wir wollen das staatliche Teilfinanzierungssystem erhalten.»

„Diese Art der Parteienfinanzierung ist nur ein Teil des Puzzles aus Geld, Macht und Politik. Abgeordnetenbestechung und Lobbyismus, Sponsoringleistungen an die Bundestagsverwaltung, die Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern großer Unternehmen und Verbände in die Ministerien - das alles macht das Puzzle komplett. Es ist genau dieses Puzzle, das zu Parteienverdrossenheit, Politikverdrossenheit und letztendlich zu Demokratieverdrossenheit führt.»

Parteispenden

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Damit nicht Wirtschaftsverbände und Unternehmen die Politik bestimmen, fordern wir ein Verbot von Parteispenden juristischer Personen. Auch Spenden von Bürgerinnen und Bürgern sollen begrenzt werden, weil andernfalls diejenigen, die viel Geld haben, Politik kaufen, während diejenigen, die Transferleistungen empfangen, nur alle vier Jahre ihre Stimme abgeben dürfen. Das ist uns zu wenig.»

KARENZZEIT

„Karenzzeit meint, dass zwischen dem Ausscheiden eines Regierungsmitgliedes und dem Wechsel in ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen eine gewisse Zeit liegen soll. Das heißt, es soll nicht in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang gewechselt werden. (...) Um es einmal klar und deutlich zu sagen: Wenn ein Minister vor seinem Amtsantritt beispielsweise Lokführer bei der Deutschen Bahn gewesen wäre und nach seinem Amt in seinen Job als Lokführer zurückkehren würde, würden die Bahnen vermutlich nicht pünktlicher ankommen, aber jegliche Affäre wäre beendet.»

„Ein Landwirtschaftsminister zum Beispiel hat naturgemäß relativ viel mit Bauern, mit Kühen und auch mit Pferden zu tun. (...) Ein Landwirtschaftsminister hat aber weniger mit dem Flugwesen zu tun, es sei denn, eine Kuh landet im Propeller. (...) Jetzt ist es so, dass ein Landwirtschaftsminister, wenn er in das Flugwesen wechselt, das unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt machen kann. Denn wir haben ja nichts dagegen, dass sich das Flugwesen entwickelt. (...) Wenn der Landwirtschaftsminister aber unmittelbar nach dem Ausscheiden in einen Job wechseln würde, der mit Bauern, Kühen oder Pferden zu tun hat, dann müsste er eine entsprechende Karenzzeit einhalten. Das ist so einfach, wie ich es Ihnen erklärt habe.»

Mehr Demokratie

„Die Kapitäne im Überwachungsboot sind die Geheimdienste. Diese werden logischerweise immer alle technischen Möglichkeiten nutzen, um ihre Informationen zu bekommen. Das liegt im Wesen der Geheimdienste. Dagegen helfen keine Abkommen oder gesetzlichen Regelungen, dagegen hilft nur die Auflösung von Geheimdiensten. (...)Es sind nicht nur Staaten und ihre Geheimdienste, die die Freiheit des Internets bedrohen, sondern auch Monopole, die sich ihre eigenen Gesetze machen und ihre marktbeherrschende Stellung ausnutzen. Sie sammeln Daten und können ebenso Bewegungsprofile erstellen wie staatliche Behörden. Wir müssen für eine rechtliche Einhegung der Monopole sorgen. Deshalb fänden wir es gut, wenn genossenschaftliche und commonsbasierte Initiativen unterstützt würden. Es wäre auch gut, wenn bei der Auftragsvergabe durch öffentliche Stellen konsequent auf Open Source gesetzt würde.»

Mehr direkte Demokratie

„Jens Kersten weist in dem sehr lesenswerten Buch Weimars lange Schatten – ›Weimar‹ als Argument nach 1945 nach, dass nach Memoiren und rückschauenden Schriften politischer Akteure der damaligen Zeit das Institut der direkten Demokratie überwiegend positiv bis wohlwollend neutral besetzt war. Kann es nicht vielleicht sein, dass die Weimarer Republik daran gescheitert ist, dass es zu wenige Demokratinnen und Demokraten gegeben hat, die bereit waren, sie zu verteidigen? Mir kommt es immer so vor, als würde Weimar zitiert, weil das gut ankommt. Aber das Kernproblem des Scheiterns der Weimarer Republik wurde nicht begriffen. (...) Eine Demokratie muss von Demokratinnen und Demokraten demokratisch verteidigt werden.»

„Im Übrigen sind Politikerinnen und Politiker genauso anfällig für Populismus wie die Bevölkerung. Steigen wir also ab vom hohen Ross! Hören wir auf, so zu tun, als seien wir besser und kompetenter als der Durchschnitt der Bevölkerung! Das ist Quatsch.»

„Gute und gefestigte Demokratien zeichnen sich durch eine Vielfalt von demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen und Prozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Ihre Grundlage ist die möglichst intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen öffentlichen Angelegenheiten. Die Volksgesetzgebung ist nur ein Element.»

Abgeordnetenbestechung

„Und auch wenn wir LINKEN sonst eher skeptisch sind, wenn es um Erweiterungen des Straftatenkatalogs geht, fordern wir an dieser Stelle genau dies. Wir wollen es bei der Abgeordnetenbestechung nicht bei symbolischer Politik belassen. Es kann nicht sein, dass allein der Kauf von Stimmen bei Abstimmungen und Wahlen strafbar ist, ansonsten aber jede und jeder sich Politikerinnen und Politiker kaufen kann. Der Ruf von Politikerinnen und Politikern ist nicht der Beste. Und wir müssen uns fragen, welchen Beitrag wir dazu leisten, dass der Ruf nicht besser sondern eher schlechter wird. Die Menschen haben das Vertrauen in die Parteipolitik verloren, nicht in Politik an sich. Wenn wir nicht aktiv daran arbeiten, Vertrauen in politischen Prozesse wiederherzustellen, wenn wir es versäumen, die Menschen daran zu beteiligen und mehr Transparenz herzustellen – dann gefährden wir die Demokratie.»

Mietrecht

„Offensichtlich braucht die Union ein wenig Nachhilfe in Verfassungsrecht. Die SPD will ich ein wenig ermuntern und sagen: Es gibt keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Vermieterinnen und Vermieter an ihre soziale Verantwortung zu erinnern. Es bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Vermieterinnen und Vermietern zu untersagen, schnellen und höchsten Profit aus der Vermietung von Wohnraum zu erzielen.»

„Ja, die Mietpreisbremse oder das, was Sie so nennen, ist besser als nichts. Wenn man sich aber mit „Besser als nichts» zufrieden gibt, dann kann man eigentlich auch nach Hause gehen.»

„Die Mietpreisbremse ist in aller Munde. Wir Linken sagen: „Sie ist ein Bremschen», weil sie auf fünf Jahre befristet ist und die Länder zuvor Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt festlegen müssen. Die Grenze, nach der der Mietpreis bei Wiedervermietung 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf, finden wir falsch. Wir müssen an dieser Stelle aber einsehen, dass die SPD das bereits im Wahlprogramm gefordert hat und dafür auch die eine oder andere Stimme bekommen hat.»

„Sie schaffen Regelungen für ein vereinfachtes Räumungsverfahren, das heißt, Sie erleichtern es, Mieterinnen und Mieter einfach auf die Straße zu setzen. (...) Ich muss einmal sagen: Ich halte das für eine bodenlose Frechheit. (...) Das ist ein gnadenloses Ausspielen der Macht des wirtschaftlich Stärkeren. Das bringt mich dermaßen auf die Palme.»

IM WAHLKREIS

MEIN WAHLKREIS

Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg-Ost ist ein ziemlich langer Name für einen Wahlkreis. Wahlkreis 83 sagt hingegen recht wenig aus.

Also: Der Dreiundachtziger ist ein Ost-West-Wahlkreis, allein das macht ihn schon mal interessant. Mehr aber noch die Tatsache, dass es hier eine Protestkultur gibt, die ihresgleichen sucht, eine große Vielfalt kultureller und politischer Initiativen und an vielen Orten eine Form des Miteinanders, die von Akzeptanz und Achtung geprägt ist.

Die Wahlkreisarbeit war immer noch die Arbeit, bei der ich die meisten Erfolge erzielt habe. Es war schön zu sehen, wie meine Angebote »Frühstück für Alle« und Rechts- und Sozialberatung angenommen wurden. Es war schön zu sehen, dass mit meiner regelmäßigen »Spende des Monats« unkompliziert geholfen werden konnte. Und es war schön zu sehen, wie Briefe etwas bewegen konnten. So als der Sparkassen- und Giroverband am Anfang meiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete darauf hinwies, das selbstverständlich Geflüchteten ein Konto zur Verfügung zu stellen ist, und dieses Schreiben immer vorgezeigt werden konnte, wenn es diesbezüglich Ärger gab. Allerdings war aber auch in der Wahlkreisarbeit nicht alles schön. Es war immer befremdlich, wenn ich bei Vereinen und Verbänden war und diesen sagen musste: Ich teile ihre Auffassung. Ich könnte auch einen Gesetzesentwurf dazu schreiben, aber der bekommt keine Mehrheit. Schwer war auch, wenn ich beschimpft wurde. Ich erinnere mich noch an eine Veranstaltung im SO 36 zu Geflüchteten. Ich hatte in meiner Tätigkeit als Abgeordnete wirklich viel versucht, um den Protest der Geflüchteten zu unterstützen. Dass ich die Gesetze nicht ändern konnte, war offensichtlich. Trotzdem wurde ich von Supporter*innen der Geflüchteten verbal angegriffen. Das tat weh.

ZUHÖREN, MITNEHMEN, AUFNEHMEN, UMSETZEN

Wahlkreisarbeit ist nur dann gut, wenn sie nicht mit Wahlkampf verwechselt wird. Die Menschen merken schnell, wenn die Arbeit einer oder eines Abgeordneten nicht auf Nachhaltigkeit, stattdessen auf Selbstdarstellung setzt. Ich habe meinen Wahlkreis geliebt, er ist toll, aufregend, in ihm leben und arbeiten viele Menschen, mit denen ich im Laufe der acht Jahre geredet, diskutiert und gemeinsam versucht habe, etwas zu bewegen.

In den Wahlkreiswochen habe ich Vereine und Verbände sowie Initiativen besucht. Wenn es für die parlamentarische Arbeit wichtig war, habe ich auch Vereine, Verbände und Initiativen außerhalb des Wahlreises besucht. Das war zum Beispiel so, als es um die Reform des Sexualstrafrechts ging, die als »Nein-heißt-Nein-Debatte« bekannt wurde.

Bei vielen war ich mehrfach zu Besuch. Insgesamt waren es in der 18. Wahlperiode über 100 Vereine, Verbände und Initiativen, mit denen ich ins Gespräch kam. In der 17. Wahlperiode waren es mindestens genauso viele Besuche.

SPENDEN UND REGELMÄSSIGE HILFE

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich verständigt, die Diätenerhöhungen monatlich zu spenden. Daran habe ich mich gehalten. Insgesamt habe ich in der 17. und 18. Wahlperiode an verschieden Vereine, Verbände und Initiativen bis September 2017 einen Betrag in Höhe von 31.350 Euro gespendet. Auf der Seite http://gleft.de/1O7/ kann sich jede*r selbst überzeugen, an wen die Spende des Monats jeweils gegangen ist.

Die Diätenerhöhung habe ich ebenfalls für die Erweiterung des Angebotes der kostenlosen Rechtsberatung in meinem Wahlkreisbüro genutzt.

Darüber hinaus habe ich – nicht mitgerechnet die Spenden des Fraktionsvereins, an den ich monatlich 230 Euro gezahlt – einen Betrag in Höhe von 4.308 Euro an verschiedene Vereine, Initiativen und Verbände gespendet. Der größte Beitrag davon waren 1.000 Euro für die Unterbringung von Geflüchteten an Cult e.V. im Jahr 2015 und für Trennwände in der Unterkunft für Geflüchtete in der Gürtelstraße von 750 Euro. Dies ebenso wie andere Spenden konnte ich aus den Geldern, die ich als Mitglied im Datenschutzbeirat der Deutschen Telekom bekommen habe, finanzieren.

Neben der schon erwähnten Rechtsberatung wurde in meinem Wahlkreisbüro wöchentlich eine Sozialberatung abgehalten. Einmal im Monat fand ein Frühstück für alle statt.

NOTEINSÄTZE

Bei der versuchten Räumung der Ohlauer Straße war ich regelmäßig vor Ort und habe versucht Unterstützung zu leisten. Eine Chronologie der Ereignisse und Bemühungen in Tweets lässt sich hier nachlesen: http://gleft.de/1O8

Im Hinblick auf die Geflüchteten vom O-Platz (Oranienplatz in Kreuzberg) habe ich den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages beauftragt ein Gutachten zu erstellen, das vielfach in der Diskussion genutzt wurde, da es eine Möglichkeit für einen Aufenthalt bei Zustimmung des Bundesinnenministers über die Regelung des § 23 im Aufenthaltsgesetz aufzeigte. (http://gleft.de/1O9)

Vereine und Verbände, die ich besucht habe

VIA e.V., Stadt von Unten, Familien- und Nachbarschaftszentrum Wrangelkiez, Box 66 –Interkulturelles Begegnungszentrum für Frauen und Familien am Ostkreuz, gemeinnütziges Recherchezentrum Correct!v, Bizim Kiez, Frieda Frauenzentrum, Drogentherapiezentrum, Sommerferienspiele, KommRum e.V., Mein Grundeinkommen, Fixpunkt, Nestwärme plus gGmbH, Familienzentrum Ritterburg, Schule für Erwachsenenbildung, Landesjugendring, GiB e.V. (Gemeingut in Bürgerinnenhand), Sozialhelden, Berliner Volksentscheid zur Stärkung der Direkten Demokratie, Volksentscheid Fahrrad, Freie Hilfe Berlin, Jugendstrafanstalt Berlin/Strafvollzugsanstalt Tegel, Kopf, Hand und Fuss – Coworking Space für Menschen mit und ohne Behinderung, Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia, Open Knowledge Foundation, Mediale Pfade, Friedrichshain hilft, Kreuzberg hilft, Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte und sexuell belästigte Frauen - LARA, Kind im Zentrum, Wildwasser, TIO, Netzwerk Behinderter Frauen, Register Friedrichshain-Kreuzberg, Zirkus Cabuwazi, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Stadthaus Böcklerpark, Kreuzberger Musikalische Aktion e.V., teddy zwei.null, AG Mieten Graefekiez, Kreuzberger Stadteilzentrum GEKKO, Stadteilausschuss Kreuzberg, Berliner Mieterverein e.V., ASUM – Angewandte Sozialforschung und urbanes Managemnet, Stadteilbüro Friedrichshain, Peace Train e.V., CUCULA, Bantabaa, Flamingo e.V., arabische Eltern-Union, Mehrgenerationenhaus am Wassertor 48, Gärtnerinitiative Arnswalder Platz, Bürgergärten Laskerwiesen, SG Empor Brandenburger Tor 1952 e.V., FSV Berolina Stralau 1901 e.V., Spielecafé Spielwiese, Simon-Dach-Projekttheater, Quartiersmeister, Buchhandlung OH*21, Sprachpatenprojekt der RAA, BUF e.V. (Bildungseinrichtung für berufliche Umschulung und Fortbildung), Fördern durch Spielmittel e.V., INTEGRAL e.V., Theaterwerkstatt Thikwa (für Menschen mit und ohne Behinderung), Bastille – gemeinsam sind wir stark e.V., Friedrichshainer Seniorenzentrum Bethel, Tagespflegestätte der Volkssolidarität Warschauer Straße, AWO Begegnungs- und Beratungsstelle „Unser Café», Oranienstraße, Alia Mädchenzentrum, Gesellschaftsspiele e.V., Kinderhilfe! Hilfe für krebs- und schwerkranke Kinder e.V., Notunterkunft Winsstraße, Bündnis gegen Zwangsräumung, Freifunk Initiative Berlin, Kulturraum Zwingli-Kirche e.V., Bürgerinitiative „Leben! An der Michelangelostraße», Verein für Freiabonnements für Gefangene, Hope Foundation e.V., Systemfehler –Schenkeladen, Asylbewerberunterkunft Storkower Straße, Verein Elişi Evi e.V., Discover Football, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Regenbogenhaus/Phantalisa, Die Garbe, IsA-K Straffälligenhilfe für Frauen, DIE NISCHE (Rudolfkiez), Berliner Stadtmission, Werkstattladen Velo-fit, Jugendclub Feuerwache, Kunstverein Mal-Heure/Studio Otto Nagel e.V., VVN/BdA, Polly & Bob, Initiative Respect, SONED e.V., Kinder von nebenan e.V., Regenbogenchor, Spielwagen 1035 e.V., Sozialverein Friedrichshain e.V., Ambulanz für integrierte Drogenhilfe, PflegeEngagement Friedrichshain-Kreuzberg, Jugend(widerstands)museum, Verein Kreuzer, Joliba, Mieterrat Frankfurter Allee, Motz und Consorten e.V., Oscars Leselounge in der Bezirksbibliothek, Ratten 07, Begegnungszentrum der Arbeiterwohlfahrt, Adalbertstr., Kurt-Tucholsky Bibliothek, Theaterkapelle 10245 e.V..

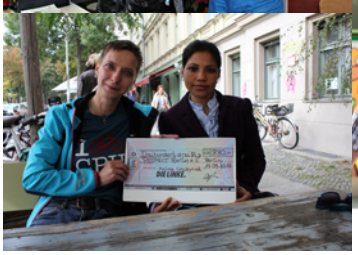
DREIHUNDERTDREISSIG
330-
SENIORENWOHNHAUS
CHARLOTTENSTRASSE
BERLIN
DIE LINKE.
HALINA WANZINIAK

Damit Wohnen bezahlbar bleibt.
DIE LINKE.

www.hope-found.org

OUTDOOR

INFO
330



WAHLKREISTAGE

Wahlkreistage haben wir es genannt, obwohl es meist Wahlkreiswochen waren. In der sitzungsfreien Zeit – was nach Urlaub klingt, aber keiner ist – bin ich in meinem ziemlich großen Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg/ Prenzlauer Berg Ost unterwegs gewesen. Im Team haben wir uns sehr früh darauf geeinigt, dass es nicht um Masse, stattdessen um Nachhaltigkeit geht. Heißt:

Zeit nehmen für jedes Gespräch und jeden Besuch. Nachhaken, wiederkommen, kümmern.

Die meisten Vereine und Initiativen habe ich deshalb mehrmals besucht. Und mein Bürger*innenbüro war ein offener Ort. Einmal monatlich fand das »Frühstück für alle« statt, zu dem vor allem Wohnungslose und Menschen kamen, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben.

Die regelmäßige Sozial- und Rechtsberatung hat vielen geholfen, die Sorgen und Probleme mit den Ämtern hatten, mit ihren Anträgen auf ALG II überfordert waren, gegen Ämterwillkür kämpfen, sich zur Wehr setzen wollten.

Wahlkreisarbeit war mir immer wichtig und hat mir Spaß gemacht. Sie hat dafür gesorgt, dass ich im Parlament wusste, wovon ich rede, sie hat Impulse für viele parlamentarische Initiativen gegeben. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mit mir geredet haben, die mich im Wahlkreis unterstützt haben, die mit mir gestritten und mich auf Missstände und Ungerechtigkeiten aufmerksam gemacht haben. Und ich wünsche allen, die sich in meinem Wahlkreis für gesellschaftlichen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit und Nachbarschaftshilfe engagieren, viel Glück und Erfolg, ausreichend Mut und Durchhaltevermögen.

Auf meiner Webseite haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Wahlkreisbüros ausführlich über Wahlkreistage berichtet. Es wäre Unsinn, das jetzt hier noch mal in aller Ausführlichkeit zu drucken.

SPENDEN HELFEN

Jeden Monat spendete ich 330 Euro an Vereine, Verbände, Initiativen oder Projekte, die sich für sozialen Zusammenhalt, Hilfe in der Not und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung engagieren. Die Spenden gingen an:

17.Wahlperiode:
Türkiyemspor e.V., No Rights e.V., Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen, FSV Hansa 07 e.V., KMA e.V., Sozialverein Friedrichshain, Kurt-Tucholsky-Bibliothek, Allmende e.V., Freundeskreis der Musikschule Friedrichshain-Kreuzberg e.V., Nachbarschaftsverein Südhang e.V., Community Impulse Initiative, Archiv der Jugendkulturen, Somalische Flüchtlinge, Seniorenfreizeitstätte Blücherstraße, Theaterkapelle Berlin, VFB Friedrichshain 1911 e.V., Förderverein zum Gedenken an die Naziverbrechen um und auf dem Tempelhofer Feld e.V., Evangelische Kirchengemeinde Heilig Kreuz – Passion, Kinder- und Jugendclub Aladdin, Sommerferienspiele 2011, Strohalm e.V., Gruppe 3 der Kita EigenSinn, House of Life, SONED e.V., Freiabos für Gefangene, Step by Step, VFB Friedrichshain 1911 e.V., Mal-Heure/Studio Otto Nagel e.V., Mütter ohne Grenzen, Kinderkarneval der Kulturen, Sommerferienspiele 2012, filmArche. Türkiyemspor e.V., Kotti und Co., Festival gegen Rassismus, Seniorenwohnhaus Charlottenstraße, RudiZentrum, Oury Jalloh e.V., Türkiyemspor e.V., Phantalisa - Raum für Mädchen und junge Frauen, VVN/BdA, Anwohnerinitiative Thälmannpark, Sommerferienspiele 2013, Urban Art Support, Discover Football, NaunynRitze, Schlacht auf der Oberbaumbrücke.

18. Wahlperiode
Phantalisa, Kreuzberger Initiative gegen Antismitismus, KiGA, Initiative Gedenken an Oury Jalloh, SONED e.V., *teddyzweinull, Motz und Consorten, Ein Bett im Warmen, Freiabos für Gefangene, Schüler*innenverein des Oberstufenzentrums Handel, Jugend(widerstands)museum, Sommerferienspiele Bürgerkommittee Weberwiese, Initiative Respect, Bürgerverein Travekiez-Ostkreuz, Kurt-Tucholsky-Bibliothek, Bürgerhilfe Kreuzberg e.V., Deutschkurs Intensiv Kreuzberg, Friedrichshainer Zwerge, Apabiz e.V., Theater Thikwa, Ferienfahrt bei Phantalisa, Gärtnerinitiative Arnswalder Platz, Sommerferienfahrt Alia Zentrum für Mädchen und junge Frauen, Ferienspiele Bürgerkomitee Weberwiese, Notunterkunft Geflüchtete, Kontakt- und Beratungssstelle KommRum e.V., *teddyzweinull, Obdach e.V., Zuckerwattenmaschine, Kurt-Schumacher-Schule, Lebensnah e.V., Kontakt- und Beratungsstelle für Geflüchtete (KuB), International Womens Space, Freiabonnements für Gefangene, Correct!v, Ferienfahrt Phantalisa, Sommerferienspiele Bürgerkomitee Weberwiese, Peace Train e.V., Romani Phen, Bötzow Kiez, Mädchengruppe NUK Levetzowstraße, SOZIALHELDEN, Nachbarschaftaladen Naunynstraße, Frauenrat Dest Dan e.V., Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Mieterforum Pankow, Phantalisa.

Außerdem spendete ich an:
Quadstick für eine querschnittsgelähmte Person, April 2016: 400,00 EUR, Cult e.V., Unterkunft für Geflüchtete 2015: 1.000,00 EUR, Malutensilien, Mina- Leben in Vielfalt e.V., Mai 2016: 100,00 EUR, Friedrichshain hilft, Trennwände, April 2016: 750,00 EUR, One World Basketball, Februar 2016: 200,00 EUR, Discover Football, Juni 2015: 250,00 EUR, SG Rotation Prenzlauer Berg e.V., Juni 2015: 178,00 EUR, Nachbarschaftsladen Naunynstr., Oktober 2014: 200,00 EUR, Festgenommene Journalisten, Oktober 2014: 200,00 EUR, Initiative Grundeinkommen, September 2014: 330,00 EUR, Regenbogenchor, September 2014: 100,00 EUR, Kinderkarneval, Mai 2014: 500,00 EUR, Hängende Gärten am Mehringplatz, April 2014: 100,00 EUR, Antirassistische Initiative Berlin e.V., Sportjugendhilfe Prenzlauer Berg, Jugendclub Liebig 19, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum, KMA-Initiative, Notunterunterkünfte Winsstraße.

IM RÜCKBLICK

Am Ende von acht Jahren Bundestag kann ich allerdings auch eins sagen: Es gibt in allen Fraktionen Menschen, die an der Sache orientiert arbeiten und denen Menschlichkeit wichtiger ist als kurzfristiger politischer Erfolg. Das ermutigt und deshalb verlasse ich nicht entmutigt das Parlament. Ich habe mir Visionen erhalten und neue entwickeln können. Und ich habe nicht aufgehört, von einer besseren Welt zu träumen.

Ich bin einmal gebeten worden, für eine Zeitung aufzuschreiben, wie ich mir meine Stadt, meinen Wahlkreis und die Politik im Jahr 2020 vorstelle und wünsche. Damals habe ich geschrieben:

2020. In Berlin leben vier Millionen Menschen, ich bin eine von ihnen.

Fast jedes Wochenende fahre ich mit dem Rad in den Central Park auf dem Tempelhofer Feld. An Wochentagen komme ich nicht dazu, Sport zu machen, aber Sonntagmorgen renne ich mir den Kopf frei. Der Central Park ist mein Ort, Berlin weiterhin meine Stadt. Ich liebe sie.

Seit vier Jahren haben wir hier ein neues Wahlgesetz. Nicht nur Parteien, auch Organisationen, wie Amnesty International oder Attac sind zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zugelassen.

Die Landesregierung, bestehend aus SPD, DIE LINKE, Amnesty International und dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg, hat ein Gesetz erlassen, mit dem internetfähige Hardware zum soziokulturellen Existenzminimum erklärt wurde. Wer Transferleistungen bezieht, bekommt die Anschaffungskosten für einen Computer erstattet und die notwendige Software unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Zugang zum Internet gilt in der Hauptstadt inzwischen als Daseinsvorsorge. Das wurde so in der Landesverfassung festgeschrieben.

Obwohl das Gesetz gerade mal zwei Jahre alt ist, sind inzwischen alle Haushalte mit mindestens einem Computer ausgestattet. Ebenso alle Schulen – von denen inzwischen die meisten Gemeinschaftsschulen sind.

Berlin mausert sich zur Onliner-Stadt und verfolgt das ehrgeizige Ziel, bis 2025 jenen Teil der digitalen Spaltung, der seine Gründe in der sozialen Spaltung hat, überwunden zu haben. An fast allen öffentlichen Orten in der Stadt sind kostenlose WLan-Zugänge verfügbar.

Von all dem habe ich immer geträumt.

In Berlin ist man auch wesentlich weiter als auf Bundesebene mit der öffentlichen Diskussion über die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze - die inzwischen nicht mehr so heißen – vorangekommen. Geplant ist die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Dazu soll es 2021 – noch vor den nächsten Bundestagswahlen – einen BürgerInnenentscheid geben.

Ich bin 47 Jahre, habe mir gerade ein neues Rennrad gekauft, immer noch blonde kurze Haare und weiß inzwischen, wie man Bratnudeln macht.

Eines muss ich jetzt revidieren: Meine Haare werden 2020 wahrscheinlich nicht blond sein. Aber auch 2020 werde ich Politik machen und mich einmischen.

Kompendium

Acht Jahre sind eine lange Zeit. In dieser Zeit habe ich im Bundestag zahlreiche Initiativen eingebracht und viele Reden gehalten. Im Wahlkreis habe ich mich für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt und Projekte und Vereine unterstützt. Dies alles aufzuzählen, würde den Rahmen einer kurzen Bilanz sprengen. In diesem Anhang zur Bilanz will ich daher einen kompletten Überblick über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete bieten.

BUNDESTAG / PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN / GESETZENTWÜRFE

Gesetzentwurf zum Sexualstrafrecht, besser bekannt als „Nein heißt Nein“: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/077/1807719.pdf

Gesetzentwurf der Fraktion zur SED-Opferrente http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/031/1803145.pdf

Gesetzentwurf zum Bundestagswahlrecht http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/118/1711821.pdf

Gesetzentwurf zum Wahlrecht http://blog.wawzyniak.de/wp-content/uploads/2013/09/eigener-GE-zur-Revolutionierung-des-Wahlrechts.pdf

Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/008/1800825.pdf

Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701199.pdf

Gesetzentwurf zum Umwandlung der Deutschengrundrechte in Jedermannsgrundrechte http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/068/1806877.pdf

Gesetzentwurf zur Aufhebung der G10-Befugnisse der Geheimdienste http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/054/1805453.pdf

Gesetzentwurf zur Aufhebung des Leistungsschutzrechts für Presseverlage http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803269.pdf

Gesetzentwurf zur Störerhaftung im Internet http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/030/1803047.pdf

Gesetzentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes – Störerhaftung http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/111/1711137.pdf

Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes, Abschaffung 5%-Sperrklausel http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708790.pdf

Gesetz zur Stärkung des Rechtsschutzes im Wahlrecht durch Einführung der Sonneborn-Regelung http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/078/1707848.pdf

Gesetz zur Abschaffung der nichtindividualisierten Funkzellenabfrage http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/073/1707335.pdf

Gesetz zur Begrenzung der Haftung und der Abmahnkosten bei Urheberrechtsverletzungen http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/064/1706483.pdf

Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes-Einbeziehung von Kindertagesbetreuungseinrichtungen in die Schrankenregelung http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704876.pdf

BUNDESTAG / PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN / ANTRÄGE

Entschließungsantrag zur SED-Opferrente http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/032/1703237.pdf

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Schutzes von Vertrauensverhältnissen zu Rechtsanwälten im Strafprozessrecht http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/037/1703706.pdf

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/106/1810660.pdf

Entschließungsantrag zum GVVG-Änderungsgesetz (Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten) http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/047/1804710.pdf

Antrag Demokratie für Alle http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/084/1808419.pdf

Antrag Netzneutralität sichern http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704843.pdf

Antrag umfassendes Informations- und Transparenzgesetz schaffen http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/077/1807709.pdf
Antrag Streichung des Begriffs „Rasse“ aus der deutschen Rechtsordnung und internationalen Dokumenten http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/040/1704036.pdf

Antrag Einsetzung einer Kommission zur Bereinigung des Strafrechts von NS-Normen http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/008/1800865.pdf

Antrag Rechtliche Klarstellung der Vertraulichkeit von Äußerungen im Internet http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/020/1802015.pdf

Antrag zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft (EPO) http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/016/1801646.pdf

Antrag Netzneutralität gesetzlich festschreiben http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713466.pdf

Antrag Internetfähige Computer gehören zum soziokulturellen Existenzminimum http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/094/1709411.pdf

Antrag Netzneutralität im Rahmen der EU-Verordnung sicherstellen http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/068/1806876.pdf
Antrag Whistleblowerschutz und Unabhängigkeit der Justiz http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/058/1805839.pdf

Antrag Kommission zur Evaluierung von Staatsleistungen an Kirchen http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/048/1804842.pdf

Antrag zur Einrichtung einer Expertenkommission zur Sicherungsverwahrung http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/078/1707843.pdf

Antrag zum Verbot von Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700651.pdf

Antrag zur Regelung von Parteien-Sponsoring http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700892.pdf

Antrag Parteispenden von Wirtschaftsunternehmen verbieten http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/003/1800301.pdf

Antrag zu gesetzlichen Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800285.pdf

BUNDESTAG / PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN / KLEINE ANFRAGEN

Kleine Anfrage zu Folgewirkungen des Mietrechtsänderungsgesetzes 2013 in Bezug auf die Erleichterung von Räumungsklagen
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/042/1804232.pdf

Kleine Anfrage zum sog. Malta-Inkasso bei Richterinnen und Richtern und Justizangestellten
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/098/1809868.pdf

Kleine Anfrage zur Entschließung im Europäischen Parlament zum Europawahlrecht und Haltung der Bundesregierung im Rat
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/071/1807122.pdf

Kleine Anfrage zu den Konsequenzen aus dem Tarifstreit zwischen der GEMA und der Berliner Fete de la Musique
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/038/1803807.pdf

Kleine Anfrage zu netzpolitischen Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen in der Bundesregierung
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/024/1802463.pdf

Kleine Anfrage zur Umsetzung des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/019/1801988.pdf

Kleine Anfrage Staatsleistungen an Kirchen
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/009/1800903.pdf

Kleine Anfrage Umfang der Staatsleistungen an Kirchen seit dem Jahr 1990
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/000/1800018.pdf

Kleine Anfrage Sprachliche Bereinigung der §§ 211 und 212 des Strafgesetzbuchs und Gesamtreform der Tötungsdelikte
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/003/1800314.pdf

Kleine Anfrage Wahlrecht in Deutschland
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800235.pdf

Kleine Anfrage Konsequenzen aus der Abmahnwelle gegen Nutzerinnen und Nutzer des Videostream-Portals Redtube.com
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/001/1800195.pdf

Kleine Anfrage Regelungsbedarf für arbeitsrechtliche Maßnahmen bei der Nutzung von sozialen Netzwerken und Internetforen
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/001/1800117.pdf

Kleine Anfrage Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auf die Ausschüttungspraxis der Verwertungsgesellschaften
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/137/1713798.pdf

Kleine Anfrage Aussagen der Bundesnetzagentur zu sogenannten Zwangsroutern
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/136/1713606.pdf

Kleine Anfrage Einschätzung der Bundesregierung zum so genannten Tallinn Manual
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/130/1713069.pdf

Kleine Anfrage Leistungsschutzrecht für Presseverleger
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/116/1711607.pdf

Kleine Anfrage Europarechtlicher Rahmen der Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710554.pdf

Kleine Anfrage Digitale und soziale Spaltung bei Zugang und Nutzung des Internets in Deutschland
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/090/1709013.pdf

Kleine Anfrage Sachstand ACTA, IPRED, TRIPS und Warnhinweisstudie
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/086/1708679.pdf

Kleine Anfrage Umfang der von den USA zurückgewiesenen Einreisewilligen
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/001/1800143.pdf

BUNDESTAG / REDEN / STRAFRECHT

Rede zur Änderung des StGB-Stalking
„Die Umwandlung des Straftatbestandes des Stalking von einem Erfolgsdelikt zu einem Eignungs- oder potenziellen Gefährdungsdelikt betrachten wir aus grundsätzlich rechtsstaatlichen Erwägungen heraus allerdings kritisch.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/halina-wawzyniak-opfer-von-stalking-besser-schuetzen/

Rede zur Stärkung der Beschuldigtenrechte im Strafverfahren (Rede zu Protokoll)
„Natürlich muss die EU demokratischer, friedlicher und sozial gerechter werden. Eine Pauschalkritik an der EU allerdings wird ihrer Rolle nicht gerecht.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/rede-von-halina-wawzyniak-am-22092016-1/

Rede zum Sexualstrafrecht
„Wir glauben, es ist notwendig, dass es einen Rechtsanspruch auf Therapie in den Strafvollzugsgesetzen gibt. Wir glauben, dass es zur Verhinderung von Rückfalltaten nötig ist, nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe umfassende Hilfe und Unterstützung bei der Resozialisierung anzubieten.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/praevention-statt-rechtsunsicherheit/

Rede zum Sexualstrafrecht
„Aus meiner Sicht – dieser Punkt ist bei uns aber noch umstritten; da müssen wir uns mit den Rechtspolitikern aus den Ländern noch unterhalten – wäre es denkbar, einen Grundtatbestand zu formulieren, der beinhaltet, dass ein Nein ein Nein bedeutet und dass gegen den erklärten Willen einer anderen Person keine sexuellen Handlungen vorgenommen werden dürfen. Der erklärte Wille kann sowohl ein ausgesprochenes Nein als auch eine Abwehrhandlung sein. In der Folge müsste aus unserer Sicht das Sexualstrafrecht umgestellt werden.“

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/sexualstrafrecht-muss-umfassend-reformiert-werden/

Rede Sexualstrafrecht, „Nein heißt Nein“, 1. Lesung
„Stellen Sie sich einen Moment vor, Ihr Nachbar fragt Sie, ob er nicht eine Proberunde mit Ihrem tollen neuen metallic-braunen Fahrzeug fahren darf, und Sie sagen Nein. Der Nachbar, mit dem Sie sich seit vielen Jahren gut verstehen, glaubt aber nicht daran und fährt trotzdem bei passender Gelegenheit eine Proberunde. Dieser unbefugte Gebrauchs eines Kraftfahrzeugs ist nun aber wenn aus meiner Sicht auch überflüssigerweise strafbar, wenn ein Strafantrag vorliegt; denn nach dem einschlägigen Paragrafen wird bestraft, wer Achtung! gegen den Willen des Berechtigten ein Kraftfahrzeug in Gebrauch nimmt. Das heißt, im Hinblick auf ein Kraftfahrzeug soll „Nein heißt Nein“ ausreichen, im Hinblick auf die sexuelle Selbstbestimmung aber nicht. Das verstehe, wer will ich nicht. (...)Um es einmal klar und deutlich zu sagen: Egal, was eine Frau anhat, es ist niemals eine Einladung für Sexismus oder sexuelle Handlungen.“

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/nein-heisst-nein-gesetzlich-verankern/

Rede zum Sexualstrafrecht, „Nein heißt Nein“, 2. Lesung
„Wir werden dieses >Nein heißt nein< jetzt - das ist gut so - mit übergroßer Mehrheit beschließen. Ich bin mir sicher, wenn wir uns fraktionsübergreifend zusammengetan hätten, hätten wir ein Gesetz gehabt, bei dem es vorrangig um die sexuelle Selbstbestimmung geht. Was wir jetzt vorliegen haben, ist leider ein Gesetz, das in wesentlichen Teilen das Politikverständnis weißer alter Männer widerspiegelt, denn es ist offensichtlich bei der Union nicht möglich, die sexuelle Selbstbestimmung zu schützen, ohne gleichzeitig das Strafrecht auf den Kopf zu stellen und das Ausweisungsrecht auszuweiten.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/koalition-verliert-beim-sexualstrafrecht-jegliches-mass/

Rede Verlängerung Verjährungsvorschriften Sexualstrafrecht
„Wichtig ist also präventive Opferhilfe. Diese erreicht man nur durch präventive Täterhilfe. Wenn wir verhindern, dass Menschen zu Tätern werden, bewahren wir andere Menschen davor, Opfer zu werden.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/taeterpraevention-ist-richtige-opferhilfe/

Rede zu Antiterrorgesetz, Ausreise in Absicht Gewalttat zu begehen
„Am Ende das muss man mit aller Deutlichkeit sagen ist dieser Gesetzentwurf ein weiterer Schritt zur Umwandlung des Rechtsstaates in einen Präventionsstaat. Der liberale Rechtsstaat ist aber ein Wert an sich, und wir sollten ihn gemeinsam verteidigen, statt ihn immer weiter auszuhöhlen.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/anti-terror-gesetz-ist-eine-billige-beruhigungspille/

Rede zu Antiterrorgesetz
„Ich glaube, es geht tatsächlich um etwas anderes. Der Herr Innenminister treibt Sie in aktionistischer Art und Weise dazu, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Doch das, was Sie vorschlagen, schadet dem Rechtsstaat. Ich will darauf hinweisen, dass Sie mit diesem Gesetz Gefahrenabwehrrecht und Strafrecht einfach miteinander vermischen.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/anti-terror-gesetz-ist-aktionistisch-und-schadet-dem-rechtsstaat/

Rede zur Europäischen Staatsanwaltschaft, zu Protokoll
„Ich will ausdrücklich alle Kolleginnen und Kollegen des Unterausschuss Europarecht aus meiner Kritik herausnehmen. Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen scheiterte an der Fraktionsführung der CDU und hier an der Kauder-Doktrin. Diese besagt, dass keine gemeinsamen inhaltlichen Anträge mit der LINKEN eingebracht werden dürfen. Ich muss schon sagen, diese Kauder-Doktrin der Unionsfraktionsführung ist ein wenig ballaballa und rational nicht zu erklären ist.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/kauder-doktrin-schadet-der-demokratie/

Rede Antrag Kommission einsetzen zur Bereinigung des Strafrechtes von NS-Normen
„Worin liegt eigentlich das Problem? Das Problem liegt darin, dass insbesondere die Mordmerkmale >niedrige Beweggründe<, aber auch >Heimtücke< Gesinnungsmerkmale sind, die aus der NS-Zeit stammen und seitdem so im Strafgesetzbuch stehen. Die geltende Fassung des Mordparagrafen geht auf das Jahr 1941 zurück.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/strafrecht-endlich-von-ns-normen-bereinigen/
Rede Strafbarkeit Genitalverstümmelung, zu Protokoll
„Gegen eine gesetzliche Klarstellung hätten wir als LINKE auch überhaupt nichts einzuwenden, wenn in deren Folge auch der § 5 geändert werden muss, um eine wirksame Verfolgung zu ermöglichen, und – ich komme darauf zurück - ein Vollzugsdefizit zu beheben. Wir haben aber ein Problem mit einer Strafmaßverschärfung. Wir sind nicht überzeugt, dass eine Erhöhung des Mindeststrafmaßes einen Beitrag zur Verhinderung der Verstümmelung weiblicher Genitalien leistet.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/strafbarkeit-von-genitalverstuemmelungen-mehr-rationalitaet-weniger-symbolik/

Rede Strafbarkeit Genitalverstümmelung, zu Protokoll
„Welchen Sinn und Zweck soll die Erhöhung des Strafrahmens eigentlich haben? Meinen Sie denn wirklich, dass Täter/innen sich von einer erhöhten Strafandrohung abschrecken lassen? Ich halte das für einen Aberglauben und es ist das Gegenteil von rationaler Kriminalpolitik. Mit einer solchen Strafrahmenerhöhung werden sie dem kriminellen Verhalten, welches der Genitalverstümmelung zugrunde liegt, nicht Einhalt gebieten.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/gesetzesaenderung-zur-strafbarkeit-von-genitalverstuemmelungen-nicht-schluessig/

Rede zu Genitalverstümmelung, zu Protokoll
„Wir müssen uns also bei der Abwägung, ob wir das Strafgesetz ausweiten, um Genitalverstümmlung mit härteren Strafen ahnden zu können, auch die Frage stellen, ob diese Erweiterung des Strafrechts geradezu nur symbolischen Charakter hätte. Ob nicht, anstatt auf diesen Weg zu vertrauen, mehr auf Prävention, Aufklärung, Beratung, Hilfe gesetzt werden sollte, was – darüber sind wir uns sicher einig – mehr Geld und mehr Kraft und mehr Zeit kostet, als eine Änderung des Strafrechts.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/diskussion-um-genitalverstuemmelung-von-maedchen-und-frauen-nicht-nur-auf-das-strafrecht-reduzieren/

Rede Verfahrensrechte von Beschuldigten, zu Protokoll
„Vom Grundsatz her begrüßen wir, dass Mindeststandards für die gesamte Europäische Union festgelegt werden. Aber es gilt auch hier: DIE LINKE will die höchstmöglichen Standards. Wir wollen für Europa und seine Einwohnerinnen und Einwohner nicht nur kleine Verbesserungen, sondern das Beste.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/verfahrensrechte-von-beschuldigten-im-strafverfahren-besser-staerken/

Rede Befragungen über Sicherheitsempfinden, zu Protokoll
„Die besten Kriminalstatistiken nützen uns nichts, wenn wir diese in unserem Handeln nicht berücksichtigen. Und leider muss ich feststellen, dass in vielen rechtspolitischen Fragen in der vergangenen Legislaturperiode gerade nicht auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Sachverständige gehört wurde. Vielmehr wurde zu häufig Kriminalpolitik auf Stammtischniveau betrieben.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/befragungen-ueber-sicherheitsempfinden-kontraproduktiv/

Rede zu Kronzeugenregelung, zu Protokoll
„Kronzeugen das muss man vielleicht noch einmal erklären sind Personen, die sich als mutmaßliche Straftäter und Straftäterinnen kooperationsbereit zeigen, Hilfe zur Aufklärung oder Verhinderung von schweren Straftaten zu leisten. (...)Die Kronzeugenregelung ist nichts anderes als ein Handel zulasten der Gerechtigkeit. Straftäter und Straftäterinnen bekommen Vergünstigungen, weil sie bei der Aufklärung von Straftaten oder der Verhinderung von Straftaten behilflich sind. Damit wird aber mit dem Schuldprinzip gebrochen. Das Schuldprinzip nämlich sieht eine angemessene Strafe für eine begangene Straftat vor.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/kronzeugenregelung-nicht-hinnehmbar/

Rede Rechte von Beschuldigten in Strafverfahren, zu Protokoll
„Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wie das so ist, wenn einerseits positive Dinge in Gesetzesentwürfen stehen und andererseits negative Dinge, werden wir uns bei diesem Gesetzentwurf enthalten.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/koalition-staerkt-rechte-von-beschuldigten-im-strafverfahren-nicht-ausreichend/

Rede Sicherungsverwahrung/Therapieunterbringungsgesetz
„Die Koalition hatte ihr Anliegen ursprünglich auf merkwürdigen Wegen in eine parlamentarische Form gebracht: erst als Änderungsantrag zum MicroBilG – ohne dass es auch nur den geringsten Zusammenhang zwischen dem MicroBilG und dem Thema Sicherungsverwahrung gab. Dieser Änderungsantrag wurde anschließend zurückgezogen, da DIE LINKE angekündigt hatte, im Rechtsausschuss eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob der nach § 62 Abs. 1 S. 2 Geschäftsordnung notwendige unmittelbare Sachzusammenhang gegeben ist. Daraufhin wurde der Inhalt nunmehr als eigenständiger Gesetzentwurf eingebracht. Immerhin.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/gesetzentwurf-zur-sicherungsverwahrung-verfassungswidrig/

Rede Expertenkommission zur Sicherungsverwahrung einsetzen
„Was spricht eigentlich gegen eine Expertenkommission? Was spricht dagegen, mit Justizpraktikerinnen und Justizpraktikern, Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftlern, Straf-, Polizei- und Verfassungsrechtlerinnen und -rechtlern, psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen, Kriminologen und Vertretern von Opferverbänden das Thema Sicherungsverwahrung zu erörtern?“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/sicherungsverwahrung-expertenkommission-einsetzen/

Rede zur Sicherungsverwahrung, zu Protokoll
„Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir erleben gerade ein Kuriosum. Eine Rede zu Protokoll, ohne das zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Rede der zu beredende Gesetzentwurf überhaupt eine Drucksachennummer hat bzw. vorliegt.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/keine-nachtraegliche-verschaerfung-der-sicherungsverwahrung-zulassen/

Rede zur Sicherungsverwahrung nach Urteil Bundesverfassungsgericht
„Bei der Sicherungsverwahrung geht es um einen präventiven Freiheitsentzug aufgrund einer Gefährlichkeitsprognose für Straftäterinnen und Straftäter, die für ihre Tat bereits eine Freiheitsstrafe verbüßt und damit auch für die Tat gebüßt haben. Die Linke - ich wiederhole das hier - lehnt das Institut der Sicherungsverwahrung ab. (...) Wir sagen deutlich: Jede Straftat ist eine Straftat zu viel. Jedes Opfer ist ein Opfer zu viel. Aber wir dürfen nicht suggerieren, es gäbe ein Mittel, das verhindert, dass überhaupt noch Straftaten begangen werden.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/linke-lehnt-sicherungsverwahrung-ab/

Rede Sicherungsverwahrung nach Urteil EuGH
„Nach einem alten Sprichwort könnte ich mich jetzt hier hinstellen und sagen: Wer nicht hören kann muss fühlen. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, müssen nun fühlen. Sie müssen sich ganz schnell auf ihren Hosenboden setzen und eine europarechtskonforme Neuregelung schaffen. Das fühlen ist allerdings nicht so schwierig, sie können nämlich an diesem Punkt einfach den Gesetzesentwurf der Grünen übernehmen und vermutlich in dieser Frage Einstimmigkeit im Hohen Haus erzielen. Sie müssen dazu nur einmal über ihren Schatten springen und den Stammtischen Widerspruch entgegensetzen. Beweisen Sie einmal Mut und zeigen Sie, dass nicht die Stammtische sondern das Recht ihr Handlungsmaßstab sind.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/urteil-des-europaeischen-menschenrechtsgerichtshofs-wird-nicht-konsequent-umgesetzt/

Rede zur Sicherungsverwahrung
„Dass die Sicherungsverwahrung unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ein problematisches Instrument ist, wird selbst von konservativen Strafrechtlern nicht bestritten. Deshalb sagen auch Befürworter der Sicherungsverwahrung, dass dieses Mittel nur die Ultima Ratio sein darf. In der Abwägung der Koalition wird jedoch dieses rechtsstaatlich fragwürdige Instrument nicht beschränkt.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/scheinheilige-konsenssuche/

Rede zu Sicherungsverwahrung
„Die Strafverteidiger-Vereinigung und der RAV fordern die Abschaffung der Sicherungsverwahrung als Fremdkörper im Strafrecht. Sie sind

nicht allein. Es handelt sich nicht um eine vom Himmel gefallene Debatte, die der Strafrechtswissenschaft unbekannt ist. 1934 unter den Nazis eingeführt, fristete die Sicherungsverwahrung nach der Strafrechtsreform 1975 eher ein Schattendasein. Seit 1998, ergänzt 2002 und 2004, erlebte sie eine Renaissance. Alle Parteien außer der FDP und der Linken haben sich daran beteiligt. Nunmehr beteiligt sich auch die FDP an dieser Renaissance."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/resozialisierung-ist-die-beste-rueckfallpraevention/

Rede zum Abstandsgebot in der Sicherungsverwahrung
„Beide Gesetze sind ein Beleg für eine repressive, populistische und an den Stammtischen orientierte Rechtspolitik. Das kann man dann auch im Rahmen eines Tagesordnungspunktes behandeln."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/offensive-fuer-eine-rationale-kriminalpolitik/

Rede Nichtindividualisierte Funkzellenabfrage
„Damit ist gemeint, dass erst einmal die Kommunikationsdaten aller Handybesitzer, die sich in einer Funkzelle befinden, miterfasst werden, (...) weil vermutet wird: In dieser Funkzelle findet eine Straftat statt. (...) Das heißt, es findet nichts anderes statt, als dass die Ermittlungsbehörden die Kommunikationsdaten rechtschaffener Bürgerinnen und Bürger erfassen, obwohl sie überhaupt keinen Anlass zur Erfassung gegeben haben."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/nichtindividualisierte-funkzellenabfrage-ungeeignet-und-unangemessen/

Rede Verjährungsvorschriften im Bereich sexualisierter Gewalt
„Sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Schutzbefohlenen ist ein sehr sensibles Thema. Dabei stehen, glaube ich, für alle Fraktionen im Haus der Schutz der Opfer und die Wiedergutmachung im Zentrum der Debatte. Schutz der Opfer meint für uns in allererster Linie
Prävention. Es klingt abgedroschen und ist dennoch wahr: Der beste Opferschutz ist Prävention. Deshalb müssen die Mittel für Projekte wie >Kein Täter werden<, die zum Beispiel in der Charité angeboten werden, erhalten bleiben und aus unserer Sicht sogar aufgestockt werden."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/zivilrechtliche-anspruche-der-opfer-sexualisierter-gewalt-erhalten/

Rede zum Gesetzentwurf zur Stärkung der Täterverantwortung, zu Protokoll
„Unser Problem ist die Fortschreibung des strafrechtlichen Deals, wie er (...) vorgeschlagen wird. Wir wollen eben nicht die Legalisierung des Deals, sondern dessen gesetzliches Verbot für alle nicht geringfügigen Straftaten. (...) Wenn wir uns einig sind, dass in Fällen häuslicher Gewalt zum Opferschutz und zur Prävention Täterprogramme durchzuführen sind, mit dem Ziel Verhaltens- und Wahrnehmungsveränderungen vorzunehmen, dann ist nicht nachvollziehbar, dass bei Teilnahme an solchen Programmen das Verfahren eingestellt wird. Das heißt doch nichts anderes als: Du darfst prügeln und wenn du danach ein Täterprogramm besuchst, dann stellen wir das Strafverfahren ein.

Das ist und es bleibt ein Skandal!
Solange der Deal im Strafrecht als probates Mittel angesehen wird, können wir diesem Gesetzesentwurf nicht zustimmen."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/betroffenen-haeuslicher-gewalt-helfen-straftaeter-verfolgen/

Rede zu Hasskriminalität, zu Protokoll
„Im Kern geht es darum rassistische, fremdenfeindliche und sonstige menschenverachtende Beweggründe und Ziele der Täter strafschärfend im Rahmen der Strafzumessung zu berücksichtigen. Wir verstehen die Motive, die hinter den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen stehen, wir halten sie aber für den falschen Weg. Bereits jetzt – die Gesetzesentwürfe des Bundesrates und der SPD weisen explizit darauf hin und unter den Sachverständigen herrschte diesbezüglich Einigkeit- können hassgeleitete Motive der Täter strafverschärfend berücksichtigt werden. Es fehlt also nicht an einer Rechtsgrundlage. Es fehlt an einem dem erhöhten Unrechtsgehalt von Hasskriminalität angemessenen Umgang."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/sensibilisierung-gegen-hasskriminalitaet-noetig/

Rede Streichung des Begriffs „Rasse" aus der Rechtsordnung, zu Protokoll
Vor dem Hintergrund dieser Geschichte und in Kenntnis dessen, dass der Begriff >Rasse<- bezogen auf Menschen - längst wissenschaftlich widerlegt, historisch überholt und ideologische extrem belastet ist, gehe ich davon aus, dass unser Antrag, diesen Begriff aus der Rechtsordnung und allen internationalen Dokumenten zu streichen, die Zustimmung aller Bundestagsabgeordneten finden wird."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/streichung-des-begriffes-rasse-aus-der-deutschen-rechtsordnung-und-internationalen-dokumenten/

Rede zu vorurteilsmotivierten Straftaten, zu Protokoll
„Dieser Forderungskatalog wirf die Frage auf, ob neue oder veränderte Strafrechtsnormen, also ein größerer Verfolgungsdruck, wirklich neue Straftaten verhindert. Ich möchte an dieser Stelle Zweifel anmelden. Neue oder veränderte Strafrechtsnormen, ein größerer Verfolgungsdruck verhindern aus meiner Sicht nicht wirklich Straftaten, sie reagieren auf begangene Straftaten. Eine Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte bedeutet und verlangt aber mehr."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/vorurteilsmotivierte-straftaten-wirksam-verfolgen-ds-178796/

Rede zur Stärkung von Täterverantwortung, zu Protokoll
„Wir sind uns alle einig darin, dass häusliche Gewalt ein sehr ernst zu nehmendes Problem ist. Wir sind uns auch einig darin, dass die Täterverantwortung gestärkt und vor allem die Präventionsarbeit verbessert werden muss. Wir sind uns einig, dass Täterprogramme ein guter Ansatz sind, zu Verhaltensänderungen beizutragen. Wir sind uns auch alle einig, dass häusliche Gewalt gesellschaftlich geächtet gehört."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/betroffenen-haeuslicher-gewalt-helfen-straftaeter-verfolgen-1/

Rede Erweiterung Tatbestand Volksverhetzung, zu Protokoll
„Darüber hinaus wäre es begrüßenswert gewesen, die Diskriminierungskriterien, die letztlich im deutschen Recht „nur" klarstellende Funktion haben, um Merkmale wie Geschlecht, sexuelle Identität und soziale Herkunft zu ergänzen."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/tatbestand-der-volksverhetzung-130-stgb-wird-erweitert/

Rede Aufhebung Zugangserschwerungsgesetz, zu Protokoll
„Es geht längst nicht mehr um die vermeintliche Bekämpfung von Kinderpornografie, sondern um die Errichtung einer universalen Sperrinfrastruktur. Schon heute werden immer wieder Stimmen laut, die den Einsatz von Netzsperren u.a. auch bei Urheberrechtsverletzungen, -Internetseiten mit vermeintlich extremistischen Inhalten oder sonstigen unliebsamen Angeboten- fordern. Die LINKE stellt sich solchen Entwicklungen entgegen. Eine Zensur des Internet wird es mit uns nicht geben."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/keine-zensur-des-internet/

BUNDESTAG / REDEN / WAHLRECHT

Rede Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen, Projekt „Demokratie für Alle“
„Demokratie für alle ist, wenn alle hier lebenden Menschen die gleichen Rechte haben.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/wir-wollen-gleiche-rechte-fuer-alle-menschen/

Rede zu Wahlalter 16, zu Protokoll
„Das Wahlrecht ist gerade nicht an Erfüllung von Pflichten geknüpft. Das Recht zu wählen an die Erfüllung von Pflichten zu knüpfen ist vordemokratisch und würde im Übrigen der Willkür Tür und Tor öffnen. Wollen Sie das Wahlrecht irgendwann auch an die Pflicht zur Zahlung von Steuern knüpfen? Nein, das Wahlrecht ist das urdemokratischste Recht der Einwohner/innen. Es gibt kein >bedingtes< Wahlrecht.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/es-wird-zeit-fuer-ein-wahlrecht-ab-16/

Rede Sperrklausel bei Europawahlen
„Lassen Sie uns doch einfach die Chance nutzen, ein Parlament ohne Sperrklauseln zu haben, ein Parlament, in dem vielleicht das Argument, das Zuhören und die freie Debatte zählen. Am Ende sage ich Ihnen: Wer will, dass alles bleibt, wie es ist, der will nicht, dass es bleibt. Ich möchte, dass der Parlamentarismus bleibt.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/dreiprozenthuerde-bei-europawahlen-rechtlich-und-politisch-falsch/

Rede Wahlrechtsreform nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
„Es wird Sie trotzdem nicht überraschen, dass wir dieses Wahlrecht ablehnen werden, (...) weil es zu einer Vergrößerung des Bundestages führt, obwohl es eine verfassungsgemäße Alternative gibt. Ich will sehr deutlich sagen: Gäbe es diese verfassungsgemäße Alternative nicht, müsste eine Vergrößerung des Bundestages um der Demokratie willen selbstverständlich hingenommen werden; aber es gibt eine verfassungsgemäße Alternative. (...) Unsere Alternative lautet: Wir verrechnen auf der Bundesebene es handelt sich schließlich um eine Bundestagswahl, nicht um verbundene Landtagswahlen die Direktmandate mit den Zweitstimmen. Die Sitze, die dann noch übrig sind, werden an die Parteien verteilt.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/ein-wahlrecht-fuer-alle-in-deutschland-lebenden-menschen/

Rede zum Wahlrecht nach Entscheidung Bundesverfassungsgericht
„Das Bundesverfassungsgericht hat zwei Bedingungen genannt, die für die Verfassungsmäßigkeit eines Sitzzuteilungsverfahrens vorliegen sollen: Zum einen darf der Effekt des negativen Stimmgewichts nur in vernachlässigbarem Umfang auftreten. Zum anderen dürfen Überhangmandate nur in einem Umfang auftreten, mit dem der Grundcharakter der Wahl als Verhältniswahl nicht aufgehoben wird. Noch einmal: Negatives Stimmgewicht bedeutet, mehr Stimmen führen zu weniger Sitzen und umgekehrt. Überhangmandate sind die Mandate, die entstehen, wenn man mehr Direktmandate gewinnt, als einer Partei nach Zweitstimmen zustehen.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/ein-verfassungsgemaesses-wahlrecht-ohne-vergroesserung-des-bundestages/

Rede zum Rechtsschutz in Wahlsachen
„Ich bin außerordentlich erfreut, dass alle anderen Parteien der Linken folgen und eine Sonneborn-Regelung zum Rechtsschutz im Wahlrecht einführen wollen. Sie dürfen das natürlich nicht so nennen. Die Sonneborn-Regelung ist bei Ihnen außerdem nur eine halbe Sonneborn-Regelung. Das werde ich Ihnen jetzt anhand der Krings-Kriterien erläutern.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/rechtsschutz-in-wahlsachen-bleibt-ein-problem/

Rede Rechtsschutz in Wahlsachen, Sonneborn-Klausel
„Unser konkreter Vorschlag sieht vor, dass eine Partei, soweit sie vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei zugelassen wird, zum Bundesverfassungsgericht gehen kann und dass für den Fall, dass ein Kreiswahlvorschlag oder Landeslisten nicht zugelassen werden, der Gang zu den Verwaltungsgerichten eröffnet wird. Vor dem Hintergrund des von uns angeführten Falls haben wir diese Regelung „Sonneborn-Regelung“ genannt.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/sonneborn-paragraph/

Rede zum Rechtsschutz in Wahlsachen
„Das demokratietheoretische Problem der Wahlausschüsse, das darin besteht, dass die im Parlament vertretenen Parteien über die potenzielle Konkurrenz entscheiden, lösen sie aus meiner Sicht nicht befriedigend.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/wahlrecht-nur-die-halbe-sonneborn-regelung/

Rede zum Wahlrecht vor Entscheidung Bundesverfassungsgericht
„Wir haben mit dem Ablauf des heutigen Tages kein verfassungsgemäßes Wahlrecht mehr. Ich finde, das ist für eine Demokratie, das ist für unser Land ein Skandal. Es ist eine Missachtung des Verfassungsgerichts und des Parlaments.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/fuer-eine-umfassende-reform-des-wahlrechts/

Rede zum Wahlrecht, vor Entscheidung Bundesverfassungsgericht
„Wir debattieren darüber, dass Änderungen am Wahlrecht an mehr Stellen als allein in Bezug auf das negative Stimmgewicht nötig sind. Wir finden, dass die Gestaltung unseres Wahlrechts eine Frage der Demokratiegestaltung ist. Es muss beim Wahlrecht darum gehen, wie wir Bürgerinnen und Bürgern mehr Einfluss auf Politik geben.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/wahlrecht-demokratisch-nachvollziehbar-transparent/

Rede Wahlrecht vor Entscheidung Bundesverfassungsgericht
„In der Anhörung im Innenausschuss ist uns gesagt worden, unser Vorschlag sei ein Systemänderungsentwurf. Ja, wir sind stolz darauf. Wenn mehr Demokratie Systemveränderung ist, dann schlagen wir Systemveränderung vor. (...) Mir bleibt am Ende festzustellen: Hier zeigt sich die Arroganz der Macht der Koalition. Und das führt unweigerlich nach Karlsruhe.
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/dieses-wahlrecht-fuehrt-unweigerlich-nach-karlsruhe/

BUNDESTAG / REDEN / ZIVILRECHT

Rede zu Rechtspolitik
„Das wäre allemal sinnvoller, als unsinnige Projekte voranzutreiben wie zum Beispiel das Fahrverbot als Hauptstrafe. Dieses Fahrverbot ist nicht nur politisch unsinnig; es gibt auch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche Regelung.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/es-ist-zeit-fuer-eine-sinnvolle-rechtspolitik/

Rede zu Staatsleistungen an Kirchen
„Wir reden über einen Antrag, der den Weg dafür ebnen soll, einen Verfassungsauftrag einzulösen, und zwar noch bevor dieser schon 100 Jahre besteht. Es geht nicht um den Glauben von Menschen. Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie soll nicht angetastet werden, und das wird sie durch den vorliegenden Antrag auch nicht. Das zu erwähnen ist mir auch angesichts der Geschichte meiner Partei ausgesprochen wichtig.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/staatsleistungen-an-die-kirchen-pruefen/

Rede Debatte Suizidbeihilfe, zu Protokoll
„Lassen Sie mich zunächst sagen, dass mir die Arbeit an einem Gruppenantrag viel Spaß bereitet hat. Es ging endlich einmal darum, in der Sache zu streiten und gemeinsame Positionen zu finden. Es war eine Debatte in der allein das Argument zählte. Ich wünsche mir mehr solcher Debatten.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/keine-normalisierung-von-sterbehilfe-rede-zu-protokoll/

Rede Debatte zu Suizidbeihilfe
„Meine Entscheidung heute orientiert sich an der Frage: Wie sichern wir eine freie, eine autonome, eine selbstbestimmte Entscheidung? Denn es stimmt: Jeder Mensch genießt eine umfassende Dispositionsfreiheit im Hinblick auf das eigene Leben.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/debatte-zur-suizidbeihilfe-selbstbestimmung-absichern/

Rede SED-Opferrente
„Sie haben in den vergangenen Jahren unsere Gesetzentwürfe immer wieder mit dem Argument abgelehnt, dass wir, juristisch gesehen, die Nachfolgepartei der SED sind. (...) Deswegen mache ich einen ganz einfachen Vorschlag: Schreiben Sie auf unseren Gesetzentwurf „Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen“, und wir stimmen trotzdem zu.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/mehr-gerechtigkeit-fuer-opfer-der-sed-diktatur/

Rede SED-Opferrente, 2. Lesung
„Der Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben, ist derjenige, der den Opfern politischer Verfolgung in der DDR am gerechtesten wird. Denn wir heben unter anderem die Befristung der Antragstellung auf, wir beziehen die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen in die Regelungen des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ein und wir stellen klar: Die Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz werden nicht mit dem Einkommen verrechnet. (...) Wir wissen um die Verantwortung unserer Vorvorgängerpartei. Wir werden diese Verantwortung nicht los, das ist uns bewusst.

Diese Geschichte gehört zu uns. Diese Geschichte hat Auswirkungen bis heute. Ich habe bereits in der ersten Lesung gesagt, wir können Dinge nicht ungeschehen machen. Wir können aus ihnen lernen und Schlussfolgerungen ziehen."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/linke-fuer-mehr-gerechtigkeit-fuer-opfer-politischer-verfolgung-in-der-ddr/

Rede zur SED-Opferrente
„Trotz der Fehler, die dieser Gesetzentwurf aufweist, wird meine Fraktion dem Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen zustimmen aus Verantwortung, die wir für die DDR-Geschichte tragen, aber auch, weil 3 000 Anspruchsberechtigte mehr in den Genuss der Opferrente kommen."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/strafrechtliches-rehabilitierungsgesetz-sed-opferrente/

Rede zur SED-Opferrente
„DIE LINKE fordert eine Opferrente, unabhängig von dem aktuellen Einkommen der Betroffenen, in Höhe von 511 Euro. Wir wollen, dass weitere Personengruppen, die in der DDR politisch verfolgt wurden, Anspruch auf eine solche Rente erhalten; dabei handelt es sich beispielsweise um Schülerinnen und Schüler, denen aus politischen Gründen ein Bildungsweg versagt wurde, oder um Bürgerinnen und Bürger, die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen wurden. Wir wollen, dass ehemals Inhaftierte nicht bürokratisch nachweisen müssen, dass sie gesundheitliche Schäden erlitten haben. Wir plädieren dafür, dass es keine Befristung für Anträge auf Opferrenten gibt."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/gerechte-opferrente/

Rede Änderung Bundesverfassungsgerichtsgesetz, zu Protokoll
„Während Koalition und SPD eine Frist von 30 Jahren für die Einsichtnahme in die Akten des BVerfG vorsehen und für die Entscheidungsvorschläge (Voten) und –entwürfe sogar 60 Jahre Frist festschreiben wollen, will die LINKE eine generelle Einsichtnahme nach 20 Jahren ermöglichen. Übrigens wollen wir diese Verkürzung generell, also auch für die Akten des Bundesarchivs."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/aenderung-des-bundesverfassungsgerichtsgesetzes-wird-einer-informationsgesellschaft-nicht-gerecht/

Rede zu unseriösen Geschäftspraktiken
„Das Gesetz ist ein guter Ansatz. Es wäre aber besser gewesen, es einmal ganz richtig zu machen. Ein etwas konsequenteres Abschreiben unserer Vorschläge hätte mit Sicherheit für ein besseres Gesetz gesorgt."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/bundesregierung-bekaempft-unserioese-gesachaeftpraktiken-nur-halbherzig/

Rede zu Umsetzung EU-Richtlinie, zu Protokoll
„Es geht um sogenannte >Timesharing< Verträge - also spezielles >Ferienwohnrecht<. Die Richtlinie macht u.a. in den Erwägungsgründen zur Abgrenzung dazu deutlich, dass Regelungsgegenstand nicht Mehrfachreservierungen der gleichen Unterkunft oder Rabattsysteme von Hotels für treue Kundinnen und Kunden sind. Timesharing unterscheidet sich davon, wenn auch in unzähligen Facetten , dass das Recht zur Nutzung als Anspruch -sei es in Form einer Vereinsmitgliedschaft, Gesellschaftsanteil, als dingliches Nutzungsrecht etc.- zwischen Betreibenden und Nutzenden einer solchen Ferienwohnanlage ausgestaltet ist: z.B. Nutzung zu einer festgelegten Zeit im Jahr, jedoch ohne dass Nutzerinnen und Nutzer selbst Alleineigentum oder Miteigentum am Objekt erwerben."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/eu-recht-klar-und-nachvollziehbar-in-nationales-recht-umsetzen/

Rede zu Vertrauensschutz für Zeugnisverweigerungsberechtigte, zu Protokoll
„DIE LINKE ist aber der Auffassung, dass insbesondere auch Ärztinnen, Therapeutinnen sowie Journalistinnen aber auch Wirtschaftsprüferinnen und Steuerberaterinnen dem gleichen absoluten Schutz unterliegen müssen, wie Strafverteidigerinnen, Abgeordnete oder Geistliche - und nunmehr auch Rechtsanwältinnen. Auch auf diese Berufsgruppen ist das absolute Erhebungs- und Verwertungsverbot hinsichtlich aller Ermittlungsmaßnahmen auszuweiten."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/vertrauensschutz-fuer-alle-zeugnisverweigerungsberechtigten/

Rede zum Justizhaushalt
„Mir ist klar, dass man in einer Koalition Kompromisse schließen muss, insbesondere als Juniorpartner und mit nicht sonderlich erbaulichen Umfragewerten. Dass aber die CDU/CSU ihr vermeintlich verloren gegangenes konservatives Profil ausgerechnet im sensiblen Bereich des Jugendstrafrechts und des Strafrechts schärfen darf, finde ich nicht hinnehmbar."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/serioese-rechtspolitik-statt-stammtischreden/

BUNDESTAG / REDEN / NETZPOLITIK

Rede Netzneutralität nach EU-Verordnung, 1. Lesung
„Denn ein neutrales Netz ist ein Internet für alle, und ein Internet für alle bedeutet letztendlich Demokratie für alle."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/internet-fuer-alle-sichern/

Rede Bericht Rechtsausschuss wegen nicht durchgeführter Anhörung
„Der Kollege Ullrich hat neulich in einer Debatte etwas, wie ich finde, sehr Richtiges gesagt: Außerhalb dieses Kosmos hier nehmen die Leute uns alle als politische Klasse wahr, ob es uns gefällt oder nicht. - Ich muss Ihnen aber sagen: Ich habe dieses Kosmos-Gequatsche von Kollegialität satt; denn ich muss ständig irgendwo hingehen und sagen: Wir haben eine super Initiative, aber wir können sie nicht zum Abschluss bringen. So schaden wir am Ende der Demokratie und dem Parlamentarismus."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/koalition-schadet-der-demokratie-und-dem-parlamentarismus/

Rede Regierungserklärung Digitales
„Ich will nur kurz auf die Situation von Click- und Crowdworkern aufmerksam machen, die sich von einem schlecht bezahlten Auftrag zum nächsten hangeln. Der Mindestlohn greift hier nicht, viele sind selbstständig. Es wäre also an der Zeit, ein Mindesthonorar einzuführen, das allen prekär arbeitenden Selbstständigen zugutekäme."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/bundesregierung-verschlaeft-digitalen-wandel/

Rede zu Netzneutralität nach EU-Verordnung (zu Protokoll)
„Wir müssen uns endlich gewahr werden, dass Netzneutralität nichts anderes ist als DIE soziale Frage des digitalen Zeitalters."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/rede-zu-protokoll-netzneutralitaet-ist-die-soziale-frage-des-digitalen-zeitalters/

Rede Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie, Projekt „Demokratie für Alle"
„Demokratie für alle heißt, dass jede und jeder, die oder der es will, ohne Existenzangst und mit der dafür notwendigen Zeit direkt mitentscheiden kann, wie sich die Gesellschaft entwickelt."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/wir-wollen-mehr-direkte-demokratie/

Rede Informationsfreiheitsgesetz, Projekt „Demokratie für Alle"
„Demokratie für alle ist, wenn alle hier lebenden Menschen nicht nur ein Anhängsel des Staates und seiner Verwaltung sind. Stattdessen sollen der Staat und seine Verwaltung alle notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger all jene Informationen erhalten, auf deren Grundlage sie die Gesellschaft mitgestalten können."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/wir-wollen-mehr-transparenz/

Rede zur Störerhaftung, zu Protokoll
„Kürzlich war der Ausschuss Digitale Agenda in Estland, ein Land, in dem die Digitalisierung schon viel weiter fortgeschritten ist als hier in Deutschland. Als wir versuchten, das Problem der Störerhaftung zu erklären, schauten wir nur in ratlose Gesichter."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/stoererhaftung-abschaffen-rede-zu-protokoll/

Rede zu Netzneutralität
„Die Netzneutralität ist damit neben einem Internetanschluss Grundvoraussetzung für die gerechte Teilhabe an der digitalen Gesellschaft. Doch die Netzneutralität beißt sich mit dem Prinzip des Profits."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/netzneutralitaet-ist-grundvorraussetzung-fuer-gerechte-teilhabe/

Rede zum Routerzwang, Rede zu Protokoll
„Es ist selten, daher umso erfreulicher: Die Bundesregierung hat einen vernünftigen Gesetzentwurf vorgelegt. Es geht um die Abschaffung des sogenannten Routerzwangs bzw. um die Wahlfreiheit bei Telekommunikationsendgeräten."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/routerzwang-endlich-abgeschafft/

Rede zur Vorratsdatenspeicherung
„Eine Schutzlücke durch eine fehlende Vorratsdatenspeicherung gibt es nicht. Sie können es nicht schaffen, die Erforderlichkeit nachzuweisen. In einem demokratischen Rechtsstaat muss für einen Grundrechtseingriff die Erforderlichkeit aber begründet werden. Bei der Vorratsdatenspeicherung geht das nicht. Wenn das so ist, dann ist es in einem demokratischen Rechtsstaat ganz

einfach: Finger weg von der Einschränkung von Grundrechten! Finger weg von der Vorratsdatenspeicherung!

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/in-einer-demokratie-gehoert-sich-das-nicht/

Rede zur Vorratsdatenspeicherung
„Der Gesetzentwurf ist rechtspolitisch eine Katastrophe und rechtsstaatlich nicht akzeptabel, und es gibt nur einen Ort, wo er hingehört: in den Reißwolf."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/in-den-reisswolf-mit-dem-gesetzentwurf-rede-zur-vorratsdatenspeicherung/

Rede zum Gesetzentwurf Aufhebung des LSR für Presseverleger
„Die Absurdität des Leistungsschutzrechts für Presseverleger brachte Professor Malte Stieper auf den Punkt: Kleinste Textausschnitte sollen lizenzpflichtig sein, aber die komplette Veröffentlichung eines Artikels an einer Litfaßsäule wäre erlaubt. – Das ist nun wirklich absurd."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/leistungsschutzrecht-aufheben/

Rede Rechtliche Klarstellung der Vertraulichkeit von Äußerungen im Internet, zu Protokoll
„Wir von der Linken haben deshalb einen Antrag eingebracht und sind der Auffassung, dass eine im Internetgetätigte Äußerung dann als vertraulich gelten soll, wenn sie sich an einen eingeschränkten Personenkreis richtet. Das kann unseres Erachtens dann der Fall sein, wenn sie beispielsweise in einer begrenzten FacebookGruppe fällt oder sich an einen begrenzten Freundeskreis innerhalb des sozialen Netzwerks richtet."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/rechtliche-klarstellung-der-vertraulichkeit-von-aeusserungen-im-internet-herstellen-rede-zu-protok/

Rede zum IT-Sicherheitsgesetz
„Sie begründen also einen Stellenaufwuchs beim Bundesamt für Verfassungsschutz mit einer Datenweitergabe durch das BSI an das Bundesamt für Verfassungsschutz, für die es keine Rechtsgrundlage gibt. Sie merken doch selbst, dass das irgendwie nicht geht, oder?"
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/it-sicherheitsgesetz-wichtiges-anliegen-falscher-ansatz/

Rede Abschaffung LSR für Presseverleger
„Das in der vergangenen Wahlperiode von der damaligen schwarz-gelben Koalition eingeführte Leistungsschutzrecht für Presseverleger war, ist und bleibt falsch. Es schafft Rechtsunsicherheit, es ist innovationsfeindlich und es verbessert die Lage von Urheberinnen und Urhebern an keiner Stelle."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/leistungsschutzrecht-fuer-presseverleger-gehoert-abgeschafft/

Rede zur Störerhaftung
„Stellen Sie sich einfach einmal vor, Sie fahren mit Ihrem Auto eine Straße entlang. Dann passiert es: Ein kurzer Moment der Unachtsamkeit, zu spät gebremst, und Sie fahren mit Ihrem Auto auf das Auto Ihres Vordermanns oder Ihrer Vorderfrau auf. Normalerweise ist das eine sehr teure Angelegenheit. Aber zum Glück brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen; denn Sie waren ja auf einer Straße unterwegs, und deswegen werden Sie nicht für den Unfall belangt, sondern ein Dritter. Schließlich hatte der Dritte Ihnen die Straße zur Verfügung gestellt, und hätte er dies nicht getan, hätten Sie darauf nicht fahren können und hätten auch keinen Unfall bauen können. Ergo muss der Dritte für den entstandenen Schaden geradestehen und nicht Sie. Jetzt sind Sie vielleicht verwirrt und sagen: Das ist Quatsch. - Zu Recht; es ist Quatsch. Aber das ist der jetzige Zustand bei der Störerhaftung, beim Zugänglichmachen von WLANs für Dritte. Dieser Zustand ist natürlich nicht zu akzeptieren."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/stoererhaftung-fuer-alle-beseitigen-nicht-nur-fuer-gewerbetreibende/

Rede zu Störerhaftung, zu Protokoll
„Wir wollen, dass niemand von der Nutzung des Internet ausgeschlossen wird. Wir wollen, dass es nicht vom Geldbeutel abhängt, ob jemand das Internet nutzen kann oder nicht."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/stoererhaftung-bei-offenen-w-lans-endlich-beseitigen/

Rede zu Störerhaftung, zu Protokoll
„Was ist eigentlich das Problem? Das Problem ist die sogenannte Störerhaftung. Konkret bedeutet das, wer sein WLAN nicht oder nur unzureichend schützt und damit für jede Person in der Nähe zugänglich macht, kann dafür zur Verantwortung gezogen werden, wenn diese Person bei der Verwendung des Internetzugangs eine Straftat begeht. Wenn ich also meiner Nachbarin mein WLAN zur Verfügung stellen möchte, weil diese sich keinen Internetzugang leisten kann, werde ich dafür zur Verantwortung gezogen, wenn sie sich illegal Musik oder Filme aus dem Netz herunterlädt."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/machen-statt-pruefen-stoererhaftung-beseitigen-offene-wlans-ermoeglichen/

Rede zur Digitalen Agenda der Bundesregierung
„Ich hätte jetzt erwartet, dass Sie sich die Handlungsempfehlungen der Enquete einfach mal anschauen und einen Fahrplan vorlegen, was Sie wann wo umsetzen wollen, also nicht Dinge aufschreiben, die zu tun sind, sondern einfach tun."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/digitale-agenda-der-bundesregierung-nur-folgenlose-ankuendigungspolitik/

Rede zur Wissenschaftsschranke
„Vorschläge, wie diese umzusetzen wäre, gibt es mehr als einen. Schon länger bekannt sind beispielsweise die Vorschläge der Allianz der Wissenschaftsorganisationen und der Kultusministerkonferenz. Anfang des Jahres legte eine Urheberrechtsexpertin von der Humboldt-Universität, deren Nachname ungefähr so einfach wie meiner ist, weswegen ich ihn hier nicht nennen kann, ..."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/wir-brauchen-endlich-eine-allgemeine-wisschenschaftsschranke/

Rede zu Breitbandversorgung
„Wie wäre es beispielsweise mit Ideen wie einer Commons-basierten Förderung? Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Ich könnte dem sehr viel abgewinnen."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/breitband-plan-der-koalition-fehlt-die-solide-finanzierung/

Rede Rahmenbedingungen digitaler Wirtschaft
„Nur wer versteht, wie es funktioniert, wird selbstbestimmt und souverän mit dem Internet und seinen Möglichkeiten umgehen können. Deshalb fordern wir ein Förderprogramm für digitales Lernen und die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Hardware sowie die Erarbeitung digitaler und offener Lehr- und Lernmaterialien. Das ist deutlich konkreter als Ihr Allgemeinplatz".
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/zukunftsfaehige-rahmenbedingungen-fuer-die-digitale-wirtschaft-schaffen/

Rede zur Forderung nach Federführung des Ausschuss Digitale Agenda
„Ich persönlich hätte es im Übrigen ganz gut gefunden, wenn der Ausschuss „Internet und digitale Agenda" geheißen hätte. Das sagt am besten aus, worum es geht. Im Übrigen müssten wir dann nicht auf Twitter diskutieren, wie der neue Hashtag heißt."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/ausschuss-fuer-digitale-agenda-muss-federfuehrend-taetig-werden/

Rede zur Verordnung zu Netzneutralität, zu Protokoll
„Wird die Netzneutralität nicht verbindlich festgeschrieben, werden Unternehmen alle Möglichkeiten zur Steigerung ihres Profits nutzen und dafür gern ein Zwei-Klassen-Internet in Kauf nehmen."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/verordnung-der-bundesregierung-zur-sicherung-der-netzneutralitaet-reicht-nicht-aus/

Rede Digitaler Verbraucherschutz
„Wenn ich beispielsweise im Buchhandel ein Buch kaufe, kann ich das jemandem ausleihen oder weiterverschenken. Kaufe ich mir das gleiche Buch aber digital als E-Book, kann ich dieses Buch nicht ohne weiteres also eigentlich gar nicht verborgen oder verschenken. Technisch wäre das alles möglich, aber die Unternehmen haben etwas dagegen. Das zeigt: Wo Profit maximiert werden kann, muss der Verbraucher eben mit der Beschneidung seiner Rechte leben. Wir als Linke haben bereits einen konkreten Vorschlag für die Ermöglichung eines solchen Weiterverkaufs unterbreitet. Unser Vorschlag sieht vor, dies in § 17 a des Urheberrechtsgesetzes zu verankern. Vielleicht kann ja diese oder eine andere Bundesregierung den Vorschlag aufgreifen. Wir würden diesbezüglich auch keine Abmahnung wegen Urheberrechtsverletzung schreiben."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/verbraucherschutz-in-der-digitalen-welt-endlich-staerken/

Rede zu Netzneutralität und Breitbandausbau, zu Protokoll
„Wir bleiben daher erst recht bei unserer Forderung, dass Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden muss. Auch wir halten das Telekommunikationsgesetz für den geeigneten Ort für diese Festschreibung und eine Verordnung für absolut unzureichend."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/netzneutralitaet-gesetzlich-sichern-breitbandausbau-vorantreiben/

Rede zu Netzneutralität, zu Protokoll
„Wir fordern die Bundesregierung daher auf, endlich zu handeln und endlich die Netzneutralität gesetzlich zu sichern. Jahrelang haben Sie geschlafen, wachen Sie endlich auf!"
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/freies-und-offenes-internet-fuer-alle-sichern-netzneutralitaet-endlich-gesetzlich-festschreiben/

Rede Reform Verwertungsgesellschaften, zu Protokoll
„Ich könnte noch viele weitere Punkt anführen, die zeigen, dass das bisherige System der Verwertungsgesellschaften seine eigentliche Aufgabe nicht erfüllt. Zum Beispiel, dass in vielen Verwertungsgesellschaften nur ein geringer Prozentteil der Mitglieder über Verteilungsschlüssel bestimmen dürfen - nämlich die, die das große Geld machen. Zum Beispiel, dass aus diesem Grund Geld vor allem an die Gut-Verdienenden ausgezahlt wird und insbesondere Urheberinnen und Urheber, die kaum von ihrem Schaffen leben können, größtenteils leer ausgehen. Es ist daher an der Zeit, dieses System grundlegend zu reformieren. Wir haben deshalb einen Antrag eingebracht, der konkrete Vorschläge für eine solche Reform unterbreitet."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/system-der-verwertungsgesellschaften-grundlegend-reformieren/

Rede zum Abschluss Enquete Internet und digitale Gesellschaft #eidg
„Der wichtigste Beitrag, den die Enquete-Kommission geleistet hat, war, das Thema in der Gesellschaft und damit auch in der Mitte des Bundestages zu verankern. Es ist eben nicht mehr nur ein Thema für ein paar Verrückte in den jeweiligen Fraktionen; im Prinzip hat mittlerweile jede und jeder Abgeordnete irgendwie mit dem Thema Netzpolitik zu tun."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/das-internet-als-raum-der-freiheit-der-offenheit-und-des-sozial-gerechten-zugangs-gestalten/

Rede datenschutzkonformer Einsatz von Cookies, zu Protokoll
„Die Praxis im Umgang mit Cookies widerspricht dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Dieses sieht vor, dass Personen jederzeit wissen können müssen, wer welche Daten und Informationen über sie zu welchem Zweck besitzt und/oder verarbeitet. Die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten ist daher grundsätzlich an eine Einwilligung des Betroffenen gebunden. Bei Cookies ist dies regelmäßig nicht der Fall."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/cookie-einsatz-datenschutzkonform-umsetzen/

Rede Zwischenbericht Enquete Internet und digitale Gesellschaft, #eidg
„Die Politik ist aber wie das Leben, und Hoffnungen erweisen sich mitunter als Illusion. Das liegt nicht nur an den Mühen der Ebene und an vermeintlich unabänderlichen Gegebenheiten, sondern auch an fehlenden Visionen, mangelndem Mut und parteipolitischem Kalkül. Böse Zungen behaupten, dass die Ergebnisse der Enquete mager und enttäuschend sind. Ich muss sagen: An vielen Stellen haben wir eher in Legislaturperioden gedacht und kurzfristige Handlungsempfehlungen aufgeschrieben, statt nach vorne zu schauen und weiterzudenken als bis zum Jahr 2013.
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/internet-enquete-muss-neugier-interesse-und-lust-wecken/

Rede zu Datenschutz in sozialen Netzwerken
„Wir als Linke - das gilt auch für mich persönlich - möchten die sozialen Netzwerke nicht mehr missen. Wir wollen die Nutzerinnen und Nutzer der sozialen Netzwerke auch überhaupt nicht einschränken. Wir sagen sehr deutlich: Wer möchte, soll Bikini- und Sauffotos bei Facebook hochladen, wie er lustig ist. Aber der Nutzer und die Nutzerin müssen vorher darüber informiert werden, dass beispielsweise Facebook diese Bilder im Zweifel für Werbezwecke verwendet. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen wissen, was in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen steht, und diese müssen in verständlicher Sprache formuliert sein. Sie müssen auch wissen, dass sie, selbst wenn sie ihren Account löschen, gegebenenfalls gar nicht mehr alles löschen können und ihre Rechte an den Bildern abtreten."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/datenschutz-in-sozialen-netzwerken-ist-mehr-als-selbstverpflichtungen/

Rede Abmahnindustrie bekämpfen
„Meine Fraktion schlägt mit ihrem Gesetzentwurf vor, zwischen privater und kommerzieller Rechtsverletzung zu differenzieren, anstatt wie bisher im Urheberrecht nur zwischen privat und öffentlich zu unterscheiden. Wir sagen: Was im Internet passiert, ist immer öffentlich."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/abmahnindustrie-bekaempfen/

Rede Verwertungsgesellschaften grundlegend reformieren, zu Protokoll
„Es geht um Mitbestimmung. Es geht um Transparenz. Es geht um faire Verteilung von Geldern. All dies ist im bisherigen System der Verwertungsgesellschaften nicht ausreichend gewährleistet. Ich gehe sogar so weit zu sagen: All dies ist im Rahmen des bisherigen Systems gar nicht möglich."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/das-system-von-gema-und-co-endlich-grundlegend-reformieren/

Rede gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität
„Die Frage der Netzneutralität ist kein Thema allein für Nerds. Es handelt sich vielmehr um eine für die gesamte Gesellschaft zentral wichtige Frage."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/an-der-gesetzlichen-festschreibung-der-netzneutralitaet-fuehrt-kein-weg-vorbei/

Rede Aufhebung Netzsperren, zu Protokoll
„Die Anfang 2010 rechtlich verordneten Internetsperren waren und sind eine Bedrohung. Selbst wenn sie funktioniert hätten, wären wir einen Schritt in die völlig falsche Richtung gegangen und wir hätten der Demokratie erhebliche Schaden zugefügt."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/etappensieg-gegen-den-zensurwahn-der-regierung-aufhebung-der-netzsperren-moeglich/

Rede zu Netzneutralität
„Das Internet, wie wir es bisher kennen, verdankt seinen Erfolg unter anderem der Tatsache, dass es einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Datenverkehr gibt, unabhängig vom Inhalt oder dem verwendeten Dienst. Bisher ist es völlig egal, ob ein Nutzer Videos bei YouTube anschauen oder Fotos an seine Verwandten verschicken wollte. Der Zugang und die Qualität waren für alle Nutzerinnen und Nutzer gleich."

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/der-markt-hat-versagt-netzneutralitaet-gesetzlich-sichern/

Rede zu De-Mail
„Mittlerweile habe ich den Eindruck, dass Sachverständigenanhörungen zu Alibiveranstaltungen verkommen. Im Rahmen der Anhörung spielte die fehlende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung beispielsweise eine zentrale Rolle. Solange eine solche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung fehlt oder nicht verbindlich festgeschrieben ist, können wir diesem Gesetz nicht zustimmen. Da sind wir tatsächlich Fundamentalisten."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/de-mail-ist-alles-andere-als-verbraucherfreundlich/

Rede zum IT-Planungsrat
„Die Verwendung freier Software mit offenem Quellcode wird durch die Einrichtung des IT-Planungsrats behindert statt ermöglicht. Es besteht weder eine hinreichende demokratische Legitimation des IT-Planungsrats und seiner Beschlüsse noch die Gewähr, dass bei dessen Beschlüssen datenschutzrechtliche Grundsätze gewahrt bleiben. Wir werden aus diesem Grund der Ratifizierung dieses Staatsvertrages unsere Zustimmung nicht geben."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/it-planungsrat-demokratisieren/

Rede Internet als Kulturraum für Menschen
„Wir streiten für einen Zugang zum Netz für alle Menschen, unabhängig von Alter, Einkommen oder Bildungsgrad. Doch dazu enthält Ihr Antrag nicht ein einziges Wort, und das ist beschämend."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/das-internet-ist-vor-allem-ein-kulturraum-von-menschen/

Rede zu Freiheit im Internet
„Es ist nicht zu bestreiten, dass sich unsere Gesellschaft durch das Internet verändert hat. Wir sollten aber nicht der Versuchung erliegen, das Internet zu verteufeln und der digitalen Gesellschaft und der Netzgemeinschaft wegen eines Problems, das eigentlich kein Problem des Internets ist, künstlich Schranken aufzuerlegen. Wir sollten uns davor hüten, das Internet zu überwachen und zu zensieren. Wir sollten die Freiheit des Internets nicht durch blinden Aktionismus kaputtmachen."
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/angriff-auf-das-freiheitliche-internet/

BUNDESTAG / REDEN / MIETRECHT

Rede zum Thema Mietrecht
„Offensichtlich braucht die Union ein wenig Nachhilfe in Verfassungsrecht. Die SPD will ich ein wenig ermuntern und sagen: Es gibt keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Vermieterinnen und Vermieter an ihre soziale Verantwortung zu erinnern. Es bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Vermieterinnen und Vermietern zu untersagen, schnellen und höchsten Profit aus der Vermietung von Wohnraum zu erzielen.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/vermieter-an-ihre-soziale-verantwortung-erinnern/

Rede zur Mietpreisbremse
„Ja, die Mietpreisbremse oder das, was Sie so nennen, ist besser als nichts. Wenn man sich aber mit „Besser als nichts“ zufrieden gibt, dann kann man eigentlich auch nach Hause gehen.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/besser-als-nichts-aber-bei-weitem-nicht-genug/

Rede im Rahmen Regierungserklärung
„Die Mietpreisbremse ist in aller Munde. Wir Linken sagen: „Sie ist ein Bremschen“, weil sie auf fünf Jahre befristet ist und die Länder zuvor Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt festlegen müssen. Die Grenze, nach der der Mietpreis bei Wiedervermietung 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf, finden wir falsch. Wir müssen an dieser Stelle aber einsehen, dass die SPD das bereits im Wahlprogramm gefordert hat und dafür auch die eine oder andere Stimme bekommen hat.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/nicht-nur-ankuendigen-sondern-auch-handeln/

Rede zu Mietrechtsänderung
„Sie schaffen Regelungen für ein vereinfachtes Räumungsverfahren, das heißt, Sie erleichtern es, Mieterinnen und Mieter einfach auf die Straße zu setzen. (...) Ich muss einmal sagen: Ich halte das für eine bodenlose Frechheit. (...) Das ist ein gnadenloses Ausspielen der Macht des wirtschaftlich Stärkeren. Das bringt mich dermaßen auf die Palme.“

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/mietrechtsaenderung-ist-in-wahrheit-ein-angriff-auf-mieterrechte/

Rede Aktuelle Stunde Liebigstraße
„Für mich bedeutet das Recht auf Wohnen auch, dass alternative und gemeinschaftliche Lebensformen ein Recht haben, in der Innenstadt zu leben.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/recht-auf-alternative-wohnformen-auch-in-der-innenstadt/

BUNDESTAG / REDEN / PARLAMENTARISMUS, PARTEIENFINANZIERUNG, TRANSPARENZ

Rede Gesetzentwurf Mehr direkte Demokratie
„Jens Kersten weist in dem sehr lesenswerten Buch Weimars lange Schatten – >Weimar< als Argument nach 1945 nach, dass nach Memoiren und rückschauenden Schriften politischer Akteure der damaligen Zeit das Institut der direkten Demokratie überwiegend positiv bis wohlwollend neutral besetzt war. Kann es nicht vielleicht sein, dass die Weimarer Republik daran gescheitert ist, dass es zu wenige Demokratinnen und Demokraten gegeben hat, die bereit waren, sie zu verteidigen? Mir kommt es immer so vor, als würde Weimar zitiert, weil das gut ankommt. Aber das Kernproblem des Scheiterns der Weimarer Republik wurde nicht begriffen. (...) Eine Demokratie muss von Demokratinnen und Demokraten demokratisch verteidigt werden.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/mehr-direkte-demokratie-einfuehren/

Rede zu Demokratie im digitalen Zeitalter
„Die Kapitäne im Überwachungsboot sind die Geheimdienste. Diese werden logischerweise immer alle technischen Möglichkeiten nutzen, um ihre Informationen zu bekommen. Das liegt im Wesen von Geheimdiensten. Dagegen helfen keine Abkommen oder gesetzlichen Regelungen, dagegen hilft nur die Auflösung von Geheimdiensten. (...) Es sind nicht nur Staaten und ihre Geheimdienste, die die Freiheit des Internets bedrohen, sondern auch Monopole, die sich ihre eigenen Gesetze machen und ihre marktbeherrschende Stellung ausnutzen. Sie sammeln Daten und können ebenso Bewegungsprofile erstellen wie staatliche Behörden. Wir müssen für eine rechtliche Einhegung der Monopole sorgen. Deshalb fänden wir es gut, wenn genossenschaftliche und commonsbasierte Initiativen unterstützt würden. Es wäre auch gut, wenn bei der Auftragsvergabe durch öffentliche Stellen konsequent auf Open Source gesetzt würde.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/demokratie-im-digitalen-zeitalter-verteidigen-teilhabe-aller-sichern/

Rede zu mehr direkter Demokratie
„Im Übrigen sind Politikerinnen und Politiker genauso anfällig für Populismus wie die Bevölkerung. Steigen wir also ab vom hohen Ross! Hören wir auf, so zu tun, als seien wir besser und kompetenter als der Durchschnitt der Bevölkerung! Das ist Quatsch.“

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/zusammen-sind-wir-klueger/

Rede Gesetz zur Europäischen Bürgerininitiative, zu Protokoll
„Die Europäische Bürgerinitiative ist nicht mehr als ein Massenpetitionsrecht und es fehlt ihr an Verbindlichkeit. Mit dieser Unverbindlichkeit wird ein grundlegendes Defizit fortgeschrieben, das der Vertrag von Lissabon postulierte und das DIE LINKE kritisiert. Er verweigert seinen Bürgerinnen und Bürgern direktdemokratische Partizipation. Und auch mit der Europäischen Bürgerinitiative bekommen sie nichts an die Hand, das ihnen ermöglichen wird, direkten Einfluss auf die Politik der Europäischen Union zu nehmen.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/gesetz-zur-europaeischen-buergerinitiative/

Rede zum Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie
„Gute und gefestigte Demokratien zeichnen sich durch eine Vielfalt von demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen und Prozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Ihre Grundlage ist die möglichst intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen öffentlichen Angelegenheiten. Die Volksgesetzgebung ist nur ein Element.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/direkte-demokratie-wagen/

Rede zu Pressefreiheit, zu Protokoll
„Zum Schluss möchte ich nochmals daraufhin weisen, dass es für die Pressefreiheit unerlässlich ist, Journalistinnen und Journalisten umfassend zu schützen. Zu schützen vor den Begehrlichkeiten der Ermittlungsbehörden. Zu schützen vor den Begehrlichkeiten der Politik. Deshalb wird DIE LINKE auch nicht von der Forderung Abstand nehmen, dass Journalistinnen und Journalisten genauso wie Abgeordnete den absoluten Schutz gemäß § 160a Strafprozessordnung verdienen.“

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/pressefreiheit-zumutung-und-versprechen/

Rede Gesetzentwurf Umsetzung Empfehlungen NSU Untersuchungsausschuss
„Ich finde, gerade in Zeiten von Pegida müssen wir deutlich sagen: Alle Rassisten sind Arschlöcher – überall. (...)Mein letzter Satz – weil hier gerade von „Verrohung“ gesprochen wurde –: Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen. Finden Sie den Satz „Alle Rassisten sind Arschlöcher – überall“ etwa falsch? Ich nicht.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/alle-rassisten-sind-arschloecher-ueberall/

Rede zu Flüchtlingspolitik
„Stopp aller Abschiebungen, Aufhebung der Residenzpflicht, Schließung aller Isolationslager, Aufhebung der Sondergesetze und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen! Kein Mensch ist illegal.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/handeln-sie-stellen-sie-die-gefluechteten-den-hier-lebenden-menschen-endlich-gleich/

Rede Aktuelle Stunde zum Thema Gewalt
„Wer Sprengsätze auf Polizisten wirft, ist nicht links, ist kein Fußballfan; er ist kriminell. (...) Gewalt ist für die Linke kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gewalt ist aber auch kein Mittel linker Politik.“
https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/gewalt-ist-kein-mittel-der-politischen-auseinandersetzung/

Impressum:

Halina Wawzyniak
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Kathrin Gerlof

www.wawzyniak.de

Fotos:
Seite 2: Frank Nürnberger,
alle anderen Seiten: Rico
Prauss und privat

SOCIALIST
Danke ...
und bis bald!
Nicht mehr im Bundestag,
aber weiter politisch.
DIE LINKE.